

HERAUSGEGEBEN VOM GRENZFRIEDENSBUND

Anschrift:

Willi-Sander-Platz 6 ■ 24943 Flensburg

Geschäftsführerin:

Ingrid Schumann

Sprechzeit:

Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr Mittwoch, 09.00-16.00 Uhr Telefon (04 61) 2 67 08 • Telefax (04 61) 2 67 09 E-Mail: grenzfriedensbund@foni.net Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 5 05 40 97

Beitrag:

15 € für Einzelmilglieder

30 € für Verbände, Schulen usw.

Bankverbindungen:

Flensburger Sparkasse (BLZ 215 500 50) 2 001 020 Sparkasse NF Flusum (BLZ 217 500 00) 13 862 Postbank: Plamburg (BLZ 200 100 20) 114 07-206

INHALT

Seite

Klauspeter Reumann

Filiale der jüdischen Synagoge“.

Zur Entstehung von Wilhelm Halfmanns „Die Kirche

und der Jude“ 1936..... 111

Frank Lüttmann

Der „Ostersturm“ von 1933.

Der publizistische Krieg der nordschleswigschen Presse....125

Rolf Fischer

Die Grenzverbände und die „neuen“ Minderheiten -

Herausforderungen und Chancen.....136

Peter Dragsbo

Das deutsche Kulturerbe in Nordschleswig -

vergessen und vernachlässigt?.....142

Umschau ab Seite 146

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.

Einzelheft 3 €.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion der Grenzfriedenshefte:

Dr. Ulf von Hielmcrone (V.i.S.d.P.), Süderstraße 14 ■ 25813 Husum

Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15 ■ 24955 Harrislee

Dr. Matthias Scharf, Friedrichstal 55 ■ 24939 Flensburg

Dr. Gerret Liebing Schlaber, Kroghs Kobbel 47, DK-6100 Haderslev

Redaktionsanschrift: Willi-Sander-Platz 6 ■ 24943 Flensburg

Satzerstellung: Satzkontor CICERO GmbH, Graf-Zeppelin-Straße 22 ■ 24941 Flensburg

Telefon 04 61 / 9 33 04 ■ Telefax 04 61 / 9 43 55 • E-mail: mittelstaedt@cicero-mc.de

Druck: Druckzentrum Harry Jung, Am Sophienhof 9 ■ 24941 Flensburg

Filialen der jüdischen Synagoge“

Zur Entstehung von Wilhelm Halfmanns „Die Kirche und der Jude“ 1936

Von KLAUSPETER REUMANN

Die Wanderausstellung der Nordelbischen Kirche über „Kirche, Christen, Juden 1933 bis 1945“ stellt mit Recht den Pastor an der Flensburger Marienkirche, Wilhelm Halfmann, und die von ihm 1936 verfasste Schrift „Die Kirche und der Jude“ als beispielhaft heraus für die auch in der evangelischen Kirche verbreitete Judenfeindschaft. Dies entspricht dem Erkenntnisstand in der Literatur.¹ Die Vorbereitungen für ein „Lokales Fenster“ der Ausstellung in Flensburg förderten nun nähere, neue Einsichten zutage, wie und warum jene in Schleswig-Holstein einzigartige kirchliche Schrift zur Judenproblematik entstanden ist.

„Die Kirche und der Jude“ war weder eine langfristig erarbeitete, grundlegende Erörterung des Verfassers zum Verhältnis Juden - Christen noch eine Antwort auf besorgte Fragen von Kirchenmitgliedern, die inmitten des allgemeinen gesellschaftlichen Antisemitismus nun eine kirchliche Wegweisung suchten; sie war auch kein direktes Auftragswerk der Bekennenden Kirche, die in Opposition zur nazifizierten Landeskirche stand. Zwar lassen sich all diese Impulse durchaus als mitwirkende Elemente nachweisen, dennoch war keiner von ihnen der entscheidende Anstoß. Dieser ging vielmehr von einer ideologischen Propagandaoffensive des Staates und seiner Staatspartei aus.

Der öffentliche, groß inszenierte Vortrag eines Reichsredners der NSDAP im November 1936 in Flensburg über „Die Partei und das Volk“ löste durch eine anti-kirchliche Passage - den Vorwurf der „verjudeten“ Kirche - unter den Flensburgern erhebliches Aufsehen, ja Erregung aus. Den einen war der „Verjudungs“-Vorwurf aus der Seele gesprochen, sie traten daraufhin scharenweise aus der Kirche aus, während die anderen ihn als sachlich unberechtigt, sogar diffamierend empfanden und ihren Widerspruch auf allen verfügbaren Wegen äußerten, vor allem auch auf dem Wege öffentlicher Gegendarstellungen. Dazu gehörten ein dienstlicher Vorstoß von Propst Karl Hasselmann im Synodalausschuss der Propstei Flensburg und beim Landeskirchenamt in Kiel sowie eine gemeinsame Kanzelerklärung von Propst und Pastoren in den Gottesdiensten. Dazu gehörte auch, was hier nachgewiesen werden soll, dass einer der Flensburger Pastoren, Wilhelm Halfmann, genau damals und deshalb einen Vortrag, den er unter dem Thema „Der Angriff auf die Bibel“ in Arbeit hatte, neu ausrichtete und ihm zur offensiven Abwehr des gegen seine Kirche erhobenen Vorwurfs, sie sei

„verjudet“, nun den geänderten Titel „Die Kirche und der Jude“ gab. Dadurch erhielt Halfmanns Vortrag und dessen kurzfristiger Druck einen unmittelbaren Antwortcharakter auf den Vortrag des NS-Redners.

All diese Schritte waren keine Widerstandsaktionen gegen den herrschenden Nationalsozialismus, den ihre Autoren gar nicht grundsätzlich ablehnten; sie waren aber ein bewusster und gezielter Widerspruch gegen die nationalsozialistische Staatspartei und ihren einflussreichen kirchenfeindlichen Flügel. Ein solcher Widerspruch war damals öffentlich möglich, denn weder der Propst noch die Pastoren sind persönlich irgendwie bedrängt oder gemäßregelt worden, nicht einmal Halfmann wegen seines wiederholten Vortrags und dessen Veröffentlichung im Druck - allerdings wurde der Vortrag von den Parteigenossen boykottiert und die Schrift nach wenigen Wochen auf Betreiben der Partei beschlagnahmt und schließlich verboten.

1. Der Auslöser: Ein provozierender Partei-Vortrag

Seit 1935 versuchte die Regierung Hitler ihr Ziel der gleichgerichteten Volksgemeinschaft dort zu vervollständigen, wo es bisher noch nicht voll durchgedrungen war, bei den Kirchen. Ein eigens dafür berufener Reichskirchenminister sollte in denjenigen evangelischen Landeskirchen, die zwischen Deutschen Christen und Bekennender Kirche gespalten waren,² diese kirchenkämpferischen Gegensätze ausgleichen und überwinden. Durch paritätisch besetzte Landeskirchenausschüsse zwang der Minister beide Gruppen zur Zusammenarbeit und einvernehmlichen Leitung ihrer Landeskirche.

Der neue, positive Kurs in der Kirchenpolitik des Staates, seine „Rechtshilfe“ für eine geeinigte Kirche, lief weiten Teilen der Partei zuwider, die sich allein der nationalsozialistischen Weltanschauung verpflichtet wussten und daher die christlichen Kirchen nicht nur für sich ablehnten, sondern sie auch offensiv bekämpften. Diese Weltanschauungskräfte um den NS-Ideologen Alfred Rosenberg gaben ab Herbst 1936 ihre aus übergeordneter Parteidisziplin geübte Zurückhaltung auf und traten wieder verstärkt öffentlich in Erscheinung. Sie nutzten die veränderte politische Lage, dass der Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges - speziell die deutsche und russische Beteiligung auf jeweils gegnerischer Seite - den allgemeinen Antibolschewismus neu entfachte und dass nach Abschluss der Olympischen Spiele in Deutschland gewisse zuvor opportune Zurückhaltungen nun wieder aufgegeben werden konnten.

Zu diesem Weltanschauungslager innerhalb der NSDAP gehörte jener „Reichsredner“ Wilhelm Börger, den die Partei im November 1936 für politische Propagandaveranstaltungen nach Schleswig-Holstein schickte. Er war im Rheinland nationalsozialistischer „Treuhand der Arbeit“ geworden, der dem deutschen Verband der Textilarbeiter und dem der Metallarbeiter Vorstand.³ In Flensburg

sprach er am 19. November auf einer groß inszenierten Veranstaltung der Stadtkreisleitung der NSDAP aber über ein rein politisches, ideologisches Thema, über „Partei und Volk“. Die Flensburger Nachrichten berichteten ausführlich darüber.⁴ Börger trat den damals um sich greifenden Zweifeln entgegen, ob die Partei noch gebraucht werde und die Mitarbeit in ihr überhaupt noch notwendig sei. Mit einem autoritativen Hitler-Wort setzte er die NSDAP mit Deutschland und Deutschland mit der NSDAP gleich. Diese Identifizierung sei für die Zukunft, sogar für die Ewigkeit, nur zu sichern, wenn die nationalsozialistische Partei sich nach dem Modell katholischer Priesterorden zu einem „Orden der Menschenführung“ entwickle. Dafür seien der preußische Beamten- und der Offizierstand die historischen Beispiele. Das sei allerdings nur zu erreichen unter einer „politischen Führung nach deutschen Grundsätzen, von deutschen Menschen, aus dem deutschen Volke und frei von den verhängnisvollen zersetzenden Einflüssen des Judentums“.⁵ An dieser Stelle, die die gleichgeschalteten Flensburger Nachrichten wohlweislich nicht näher ausführten, die jedoch ein Zuhörer - ein kritischer Pastor, eventuell sogar Propst Hasselmann selbst - mitschrieb, ließ Börger seinen ideologischen Feindvorstellungen freien Lauf. Weil die Kirche die Juden als das auserwählte Volk Gottes betrachte und sie deshalb hochschätze, „seien die Kirchen in Wirklichkeit nur Filialen der jüdischen Synagoge. Ja, da auch der Bolschewismus von Juden stamme, sei es nicht verwunderlich, daß Kirche und Bolschewismus dasselbe Prinzip hätten“.⁶ Der Redner habe die Zuhörer auch noch konkret aufgefordert, ihre Kinder vom schulischen Religionsunterricht abzumelden. Die Zuhörer haben offensichtlich die Konsequenz seiner Rede sogar dahin verstanden, selbst aus der Kirche auszutreten.

2. Die Auswirkungen: Gefolgschaft und Widerspruch

2.1 Eine Welle von Kirchenaustritten

Die frühesten Reaktionen auf den Börger-Vortrag sind in den Verzeichnissen der Kirchenaustritte ablesbar.⁷ Schlagartig seit dem auf den Vortrag folgenden Tag erschienen Dutzende Bürger auf dem Flensburger Amtsgericht, um ihren Kirchenaustritt zu erklären. Allein bis zum 5. Dezember waren es 125 Personen,⁸ und die angestoßene Welle setzte sich bis Jahresende unvermindert fort. Der Pastor des Gemeindebezirks III von St. Marien notierte bei den 7 Personen, die sich sofort am 20. und 21. November abmeldeten, am Rande: „Soweit feststellbar alle aus Anlaß des kirchenfeindlichen Vortrags im Dtsch. Haus am 19. Nov.“;⁹ er hätte diese Ursache mit Fug und Recht auch auf die 34 Personen ausdehnen können, die allein in seinem Bezirk bis 31. Dezember noch folgten.

Insgesamt wird für die Gemeinden der Stadt - von St. Marien und St. Nikolai bis St. Johannes, St. Jürgen und St. Petri - mit etwa 300 Austritten zu rechnen sein. Die Landgemeinden der Propstei waren von dieser Entwicklung naturgemäß nicht

berührt.

Über den Zuhörerkreis des Vortrags hinaus griffen die Kirchenaustritte auch durch das bloße Vorbild derjenigen um sich, die als erste diesen Schritt vollzogen. Das waren in St. Johannis der Landrat Claus Hans und in St. Marien der Kriminalbezirkssekretär Hans Hermannsen, der Leiter der Staatspolizei. Wenn damals in Flensburg Gerüchte umliefen, die die Austrittszahlen „aus durchsichtigen Gründen ungeheuer aufbauschen“,¹⁰ so deutet das auf eine Urheberchaft, geradezu auf eine Kampagne interessierter Kreise der NSDAP. Es fiel auch auf, dass unter den Austretenden die Kriminalbeamten, besonders die jungen Dienstanwärter, überdurchschnittlich hoch vertreten waren; gerade sie waren offenkundig dem politischen Druck ihrer Vorgesetzten und ihres obersten Chefs ausgesetzt und hatten ihm teils unter „bedrängtem Gewissen“ nachgegeben.¹¹

2.2 Gegenmaßnahmen des Propstes

Propst Hasselmann hat wahrscheinlich persönlich an der Vortragsveranstaltung teilgenommen und die Passage, in der Börger die Kirche ansprach, wörtlich mitgeschrieben. Auch falls einer seiner Pastorenkollegen dies getan hätte, war es entscheidend, dass Hasselmann eine wörtliche Fassung dieses Vortragsteils in Händen hatte und damit operieren konnte. Die Echtheit der Mitschrift ist denn auch von keiner Seite angezweifelt worden. Hasselmann sah darin einen anti-christlichen Kurs der nationalsozialistischen Staatspartei heraufziehen, dem er in seinem Verantwortungsbereich unbedingt entgegentreten musste. Das war für einen Propst, der im Herbst 1933 sein kirchliches Leitungsamt eben als Nationalsozialist und Deutscher Christ erhalten hatte, eine denkwürdige, kritische Distanz. Hasselmann berief schon für die folgende Woche den propsteileitenden Synodalausschuss ein. Wegen der Kürze der Frist konnte nur gerade die notwendige Mindestzahl der Mitglieder teilnehmen; zur politischen Absicherung war es wichtig, dass als weltliches Mitglied der Stadtschulrat und Parteigenosse Robert Mittag erschienen war. Die anwesenden Mitglieder stimmten dem Propst bei, dass die Ausführungen Börgers als „Ausfälle“ und „Angriffe“ gegen die Kirche zu bewerten seien und dass kirchenoffiziell geklärt werden solle, ob diese etwa, wie in kirchlichen Kreisen vermutet wurde, aus dem Berliner Propagandaministerium (Dr. Goebbels) heraus veranlasst worden seien.¹²

Hasselmann reiste mit diesem Auftrag ins Kieler Landeskirchenamt. Dessen amtierender Präsident, Dr. Christian Kinder, entschärfte den Flensburger Protest in zweierlei Richtung. Zunächst bewirkte er durch seine Parteikontakte, wahrscheinlich über den Gauleiter der NSDAP, Hinrich Lohse, dass Börger in seinem nächsten Vortrag in Kiel die beanstandeten kirchenfeindlichen Angriffe nicht wiederholte.¹³ Zum anderen verwies Dr. Kinder den Propst zuständigkeitshalber an die Kirchenleitung, den Landeskirchenausschuss; diesem legte Propst Hasselmann dann den Vorfall dar und ersuchte ihn, „die antikirchlichen Ausführungen ... bei

allen in Frage kommenden Instanzen der Partei und des Staates zum Gegenstand der Beschwerde zu machen.“¹⁴

Der Landeskirchenausschuss nahm sich „mit Entrüstung der Ausfälle ... gegen Kirche und Christentum“ an, er qualifizierte sie sogar als Teil einer zentralen Kampagne der NSDAP, als Vorstöße, „die leider nicht vereinzelt Vorkommen, sondern in allen Kirchengebieten Deutschlands in ähnlich starkem, wenn nicht noch stärkerem Maße beobachtet“ würden.¹⁵ Er leitete den Fall an den Reichskirchenausschuss in Berlin weiter, der sich schließlich ausdrücklich und öffentlich hinter die „würdige und treffende Abwehr der Angriffe“ stellte, die der Flensburger Propst und seine Geistlichen getroffen hätten.¹⁶ Allerdings besaß ein solches Urteil der Kirchenausschüsse zu jenem Zeitpunkt - Jahreswende 1936/37 - nur noch ein vermindertes Gewicht, denn das Reichskirchenministerium, speziell der neu ernannte Staatssekretär Dr. Fiermann Muhs, arbeitete ihnen entgegen und zielte bereits auf ihre Ausschaltung. Auch dieser Kurswechsel resultierte aus dem wachsenden Einfluss des Weltanschauungsflügels der NSDAP.

Auf der zentralen Reichsebene des Staates und der obersten Machtebene der Partei bewirkte solcher Widerspruch wie der Flensburger kein Innehalten, geschweige denn eine Umkehr. In der Provinz Schleswig-Holstein aber zwang er die kirchenleitenden Organe, konkret dazu Stellung zu beziehen, und in der Region Flensburg Stadt und Land drang der Konflikt bis in die Gemeinden durch: dank der dritten und nun nachhaltigsten, weil theologischen, Initiative des Propstes, einer in den Gottesdiensten verlesenen Kanzelerklärung.

2.3 Die Kanzelerklärung der Geistlichen

Während der auf den Börger-Vortrag folgenden Woche suchte Plasselmann außer dem Synodalausschuss und der Kirchenleitung auch noch die Gemeinden einzubeziehen. Er verfasste ein „Wort an die Gemeinden der Propstei Flensburg“,¹⁷ das er mit deren Pastoren abstimmt. Der Zustimmung der 11 Pastoren der Bekenntnisgemeinschaft konnte er sich sicher sein, ebenso der Gefolgschaft derjenigen, die sich, wie er selbst, von den Deutschen Christen gelöst hatten und nun eine ungebundene Mittelfront bildeten. Diese brachten weitere 8 Befürworter ein. So stellte sich innerhalb weniger Tage von den 23 Geistlichen der Propstei eine klare Mehrheit von 19 Pastoren verantwortlich hinter diese Botschaft und verlas sie schon in ihren Sonntagsgottesdiensten am 29. November.¹⁸ Die Kanzelerklärung war deshalb eine repräsentative Gegenäußerung der Kirche über die bestehenden kirchenpolitischen Gruppen hinweg und zugleich eine fast einheitliche Front gegen die nationalsozialistischen Weltanschauungskräfte und deren Gleichsetzung von Antisemitismus und Christentumsfeindlichkeit.

Die Erklärung zitiert zunächst die beanstandeten Äußerungen des Parteiredners Börger und gibt darauf die richtigstellende Antwort, dass die christliche Kirche nur die Juden der alttestamentlichen Zeit als das von Gott auserwählte Volk

betrachte, nicht jedoch „die Juden *von heute*“ die stünden vielmehr „seit der Kreuzigung Christi *bis heute* unter dem Fluche Gottes“ (Hervorhebung Reumann). Die ganze Bibel aus Altem und Neuem Testament sei aber die unverzichtbare Grundlage christlicher Kirche.

Nach dieser Kernposition wird noch Börgers Verknüpfung von Christentum und Bolschewismus zurückgewiesen, indem die Pastoren beteuern, die christliche Kirche stehe selbst in der „Kampffront gegen den Bolschewismus“ - eine aktuelle Anspielung auf die von Partei und Presse groß herausgestellten Priestermorde in Russland und Spanien. Dadurch bekundeten Propst und Pastoren einen dem NS-Staat und der Kirche gemeinsamen Antibolschewismus.

Die abschließende Aufforderung an die Gemeinden zur Kirchentreue mündet in eine teils traditionelle, teils zeitangepasste Fürbitte für „Volk, Vaterland und Führer“, kennzeichnenderweise aber nicht für die nationalsozialistische Bewegung und ihre Partei. Eine solche Unterscheidung und wertende Abhebung von Staat und Partei war 1936 freilich eine Illusion, der dann auch Halfmann in seiner Judenschrift erlag.

Die Flensburger Kanzelerklärung vom 29. November 1936 bezeugt eine weitestgehend geeinte Pastorenschaft, die durch den Vorwurf von der „verjudeten“ Kirche zur gemeinsamen Abwehr zusammenfand und sich dafür der traditionellen Argumentation des christlichen Antijudaismus bediente.¹⁹ Dieser wies den Juden die Schuld zu, Jesus als Gottessohn geleugnet und ihn der Kreuzigung ausgeliefert zu haben. In der zweimaligen Distanzierung der Erklärung von den heutigen Juden bahnt sich bereits an, dass dieser Antijudaismus der Kirche, wenn auch indirekt, den Antisemitismus der NS-Partei und des NS-Staates bestärken konnte, ja musste.

3. Wilhelm Halfmanns Widerspruch: „Die Kirche und der Jude“

Eben dieser christliche Antijudaismus, den die Flensburger Kanzelerklärung in Kurzform definiert, kehrt mit ausführlichen Begründungen in Halfmanns Vortrag und Schrift „Die Kirche und der Jude“ wieder. Aller äußeren Wahrscheinlichkeit nach hat Halfmann jedoch die Erklärung weder mitunterschrieben noch an ihrer Formulierung mitgewirkt, denn er war seit April 1936 aus seiner Flensburger St. Marien-Pfarrstelle an das Landeskirchenamt in Kiel als kommissarischer Oberkonsistorialrat abgeordnet; dort hatte er den Auftrag, als Verbindungsmann zwischen dem neuen Landeskirchenausschuss und der schleswig-holsteinischen Bekenntnisgemeinschaft zu fungieren; seinen Gemeindedienst in Flensburg versah währenddessen ein Vertretungsgeistlicher. Halfmann reagierte auf anderem Wege auf den Flensburger Konflikt.

Nachdem im Oktober 1936 eine „Evangelische Woche“ der schleswig-holsteinischen Bekenntnisgemeinschaft in Flensburg einen überwältigenden Zuspruch

gefunden hatte,²⁰ nutzte der Landesbruderrat sogleich die Gunst der Stunde, weitere ähnliche Veranstaltungen zu planen, nun über ganz Schleswig-Holstein verteilt, dafür aber in kleinerem Umfang. In seiner Sitzung vom 9. November fasste er für Ende November/Anfang Dezember „Kirchentage“ in Altona, Kiel, Husum und Süderbrarup ins Auge, jeweils mit Andacht, Predigt und Vorträgen.²¹ Die praktische Durchführung überantwortete der Landesbruderrat seinem „Amt für Gemeindeaufbau“, das damals und wahrscheinlich eigens dafür mit „Oberrat Halfmann“ einen neuen Vorsitzenden erhielt.²² Deshalb oblag es Halfmann, die Kirchentage zu konzipieren und auszugestalten; er übernahm sämtliche vier Predigten über das Leitwort der Kirchentage („Lasset uns halten am Bekenntnis“) sowie drei von acht Vorträgen; dort waren seine Themen „Die geistige Lage der Gegenwart“ und „Der Angriff auf die Bibel.“

In diesen Zeitraum der Vorbereitung der Kirchentage fiel der Börger-Vortrag und seine Wirkung. Bis dahin hatte Halfmann sein Vortragsmanuskript für die am 30. November beginnenden Kirchentage so bearbeitet und abgeschlossen, wie auf den Plakaten angekündigt: „Der Angriff auf die Bibel“. Nun aber erfuhr er von dem Zwischenfall in Flensburg, wahrscheinlich durch Propst Hasselmann, als dieser beim Präsidenten des Landeskirchenamtes vorstellig wurde,²³ und er reagierte auf die neue Lage. Als Halfmann am 8. Dezember seinen Vortrag in Husby hielt, tat er das unter einem abgeänderten Thema, das auf die veränderte Situation ausgerichtet war, so dass es nun nicht mehr lautete „Der Angriff auf die Bibel“, sondern „Kirche und Jude“.²⁴

Hier ist nicht ein geplanter und ausgearbeiteter Vortrag durch einen substantiell neuen ersetzt worden - dazu hätten auch die wenigen Tage zwischen Halfmanns Information über den Flensburger Vorfall und seinem Husbyer Vortragstermin nicht ausgereicht; obendrein ist in Halfmanns Nachlass kein separates Manuskript unter dem ursprünglichen Titel vorhanden. Es wird sich daher lediglich um eine Titeländerung seines ursprünglichen Vortrags gehandelt haben, denn dieser thematisiert einleitend die Steigerung der Angriffe „auf das Alte Testament“, „auf die ganze Bibel“ und „auf die christliche Kirche überhaupt“.²⁵ Der geänderte Titel drückt jedoch eine Akzentverschiebung aus: weg von den angegriffenen christlichen Gütern und hin zu den Angreifern - den Juden des Neuen Testaments und den völkischen „Judengenossen“ der Gegenwart.²⁶

Der Berichtersteller des Vortrags „Kirche und Jude“ in Husby, der örtliche Vertrauensmann der Bekenntnisgemeinschaft, Martin Bertheau, wusste bereits von dem weitergehenden Plan, das Manuskript Halfmanns auch im Druck erscheinen zu lassen. Dies geschah tatsächlich noch im gleichen Monat; die Auslieferung der ersten Auflage von 10.000 Exemplaren konnte bereits wenige Tage vor Weihnachten 1936 beginnen. Dank der unerwartet starken Nachfrage folgten schon im Januar des neuen Jahres zwei weitere, unveränderte Auflagen von jeweils 10.000 Stück. Schon Anfang Februar aber wurden die Kontingente der Schrift,

die noch nicht verteilt waren, beim Breklumer Verlag und bei einzelnen verdächtigen Pastoren durch die Gestapo beschlagnahmt.²⁷

Halfmanns Vortrag und Schrift sind von drei Leitgedanken getragen, mit denen er dem nationalsozialistischen Vorwurf von der „Verjudung“ der Kirche entgegentritt: 1. der Christenfeindschaft der Juden, 2. der Gleichsetzung aller Gegner des Christentums, von den Juden über die Bolschewisten bis zu den „Völkischen“, und 3. der Billigung der Ausnahmegesetze des NS-Staates gegen die Juden.

Die Christenfeindschaft der Juden herrsche, weil und seitdem sie Jesus nicht als den im Alten Testament prophezeiten Gottessohn, als den Christus, anerkannt hätten. Sie hätten ihn vielmehr bekämpft und schließlich dem Kreuzigungstod ausgeliefert. Dadurch hätten sie nach christlichem Glauben aufgehört, das auserwählte Volk Gottes zu sein, und seien dem Fluch Gottes verfallen. Die jüdische Religion sei ein Glaube ohne und gegen Christus. Die entstehende christliche Kirche gründe sich aber gerade auf die Gottessohnschaft des Jesus Christus und stehe daher in einem fundamentalen Gegensatz zum religiösen Judentum, ausdrücklich bis zur Gegenwart.

Mit den „Völkischen“ meint Halfmann die deutschen Antisemiten, einschließlich vor allem der Nationalsozialisten. Ihre Gleichsetzung mit den Juden versteht er nicht als eine inhaltliche, sondern als eine solche im Vorgehen und im Ziel. Beide verneinten Christus und suchten Christentum und christliche Kirche zu verdrängen. So herrsche gegenwärtig eine ganz neuartige antichristliche Front, in die auch noch die Bolschewisten einzureihen seien. Halfmann trieb damit ein Argumentationsmuster voran, das er gerade in der Schrift „Wird der Jude über uns siegen?“ des Theologen Adolf Schiatter kennen gelernt hatte.²⁸ Halfmanns Billigung der antijüdischen Gesetze des NS-Staates schließlich - gemeint sind die sogenannten Nürnberger Gesetze²⁹ vom September 1935 - ist an mehreren Stellen ausgesprochen, sogar mit gewolltem Nachdruck. Das dabei empfohlene Nichteingreifen der Kirche in die staatliche Judengesetzgebung mag noch seiner lutherischen Überzeugung von den zwei strikt zu trennenden Regimenten, dem geistlichen vom weltlichen, entsprechen;³⁰ er durchbricht dann aber diese kirchliche Selbstbeschränkung, wenn er als Kirchenmann dem Staat zuerkennt, er gehe mit den antijüdischen Gesetzen berechtigterweise gegen die „jüdische Gefahr“, gegen die „Verderbensmächte des Judentums“ vor.³¹ Mit dem ersten Leitgedanken tritt Halfmann dem Vorwurf von der „verjudeten“ Kirche entgegen, mit dem zweiten geht er zum Gegenangriff auf die Weltanschauungskräfte der NSDAP über. In beiden Fällen bedient er sich der antijudaistischen Argumentation. Mit der dritten Gedankenlinie nähert sich Halfmann unvermittelt dem politischen Antisemitismus, jedoch unter deutlichen Differenzierungen. Während er sich mit dem nationalsozialistischen Staat und seinen antijüdischen Gesetzen identifiziert, distanziert er sich von der nationalsozialistischen Partei und dem in ihr tonangebenden Weltanschauungslager. Die christliche Kirche könne niemals in die

Totschlagsparolen gegen die Juden einstimmen, wie sie die NS- Zeitschrift „Der Stürmer“ verbreite; überhaupt seien „alle politischen Mittel, so notwendig sie zeitweise sein mögen, nicht imstande, die Judenfrage zu lösen“,³² die Juden dürften nicht dem Hass und der Rache der Menschen preisgegeben werden, sondern stünden wie die Christen unter dem Gericht und der Gnade Gottes.³³

4. Ergebnisse des kirchlichen Widerspruchs

Der zweifache kirchliche Widerspruch gegen den Börger-Vortrag und überhaupt gegen die antikirchliche Propaganda der NSDAP, der in der Kanzelerklärung der Flensburger Pastoren und in Halfmanns Vortrag und Schrift formuliert wurde, erreichte unterschiedlich viele Menschen. Die Kanzelerklärung hörten die Gottesdienstbesucher des 29. November; das mögen an den 15 Kirchen der Propstei etwa 1.000 Personen gewesen sein. Von Halfmanns Schrift gelangten die ersten beiden Auflagen von 20.000 Exemplaren vollständig an interessierte Leser, das dritte Zehntausend konnte dann allerdings wegen des polizeilichen Zugriffs nicht mehr restlos ausgeliefert werden. Hinzu kamen noch etliche hundert Hörer, die Halfmanns an mehreren Orten gehaltenen Vortrag besuchten.

Da die Veranstaltungen solche der Kirchengemeinden waren und die Schriftverteilung über die Gemeindepastoren lief, wird sich die Hörer- und Leserschaft fast ausschließlich auf die kirchlichen Kreise der Bevölkerung beschränkt haben. Die allgemeine Öffentlichkeit erfuhr von diesen kritischen Stellungnahmen gegen die Parteilinie nichts, denn die örtliche Tageszeitung der Flensburger Nachrichten übergang sowohl die Kanzelerklärung wie Halfmanns Vortrag und Schrift mit Schweigen. Auch die Zeitung der dänischen Minderheit, Flensborg Avis, die sonst über den zentralen Kirchenkampf in Berlin intensiv und bekenntnisfreundlich berichtete, enthielt sich bewusst jeder Einmischung in den regionalen Nationalsozialismus.³⁴

Nachhaltiger noch als die quantitative Wirkung war die strategische und inhaltliche. Die Gemeinden waren es seit 1933 gewöhnt und inzwischen dessen überdrüssig, dass ihnen die Rolle der Kirche im nationalsozialistischen Staat unterschiedlich, ja gegensätzlich, eben kirchenkämpferisch, dargestellt wurde, je nachdem, ob ihr Pastor den Deutschen Christen oder der Bekennenden Kirche angehörte. Hier aber erlebten sie eine Kanzelbotschaft, die von den Pastoren beider Richtungen verantwortet wurde und sie nun auf eine gemeinsame Absage gegen den antikirchlichen Kurs der Staatspartei zusammenführte. Der beide Richtungen verbindende Nenner war der Antijudaismus. Er konnte sowohl von einem ehemals führenden Deutschen Christen wie Propst Hasselmann als auch von einem Mitglied des Landesbruderrates der Bekennenden Kirche wie Pastor Halfmann formuliert werden und in der Propstei Flensburg für die Geistlichen beider Richtungen zustimmungsfähig sein. Ihre inhaltlichen Gemeinsamkeiten reichten sogar

noch über den antijudaistischen Kern hinaus; sie erstreckten sich auch auf eine antibolschewistische und eine staatsergebene Grundeinstellung. Das gab ihrer Aussage zur Judenproblematik einen politischen, antisemitischen Beiklang.³⁵ Die in der Kanzelerklärung und in der Schrift „Die Kirche und der Jude“ formulierte Widerspruchsfront förderte jedoch auch eine grundsätzliche Schwäche der kirchlichen Position zutage. Ihre Verfasser wussten natürlich um den weltanschaulichen Kurs der NSDAP und um den reinen Parteivorstoß des Börger-Vortrags, sie besaßen aber keine Kontakte zu den Führungspersonen der Partei. Ihre Ansprechpartner waren die staatlichen Organe, in denen sie traditionell die Schutzmacht für die äußere Ordnung und den Bestand der Kirche sahen. Mit dieser strukturellen Unterscheidung ging eine wertende Vorstellung einher, den Staat und den „Führer“ als Obrigkeit hochzuachten, die Partei dagegen hintanzustellen - in diesem Fall also für den antikirchlichen Kurs die NSDAP verantwortlich zu machen, hingegen die Regierung und ihre Gesetze, vor allem auch den „Führer und Reichskanzler Adolf Hitler“ als Person, fern und frei von allen kirchenfeindlichen Absichten zu glauben.

Eine solche Unterscheidung war eine politische Fehleinschätzung des totalitären Herrschaftssystems, das die Nationalsozialisten schon 1933 aufgebaut hatten: durch das Ermächtigungsgesetz für die Regierung (24. März), durch das Gesetz über die NSDAP als einzige Staatspartei (14. Juli) und durch das Gesetz über die Einheit von Partei und Staat (1. Dezember).

Speziell zur Judenfrage machte Fritz Valentin, Hamburg, ein kritischer Leser von „Die Kirche und der Jude“, der 1934 durch seine Entlassung aus dem Richteramt den nationalsozialistischen Arierparagraphen persönlich erfahren hatte, nun Halfmann darauf aufmerksam, man könne „heute nicht mehr den ‚Stürmer‘ ablehnen, ohne damit auch die Methoden der Partei und des Staates abzulehnen“, der Antisemitismus des „Stürmer“ sei doch offenkundig zur offiziellen Parteidoktrin und Staatslehre geworden.³⁶

Als getaufter Christ jüdischer Herkunft und aktives Mitglied einer evangelischen Hamburger Kirchengemeinde wandte Valentin einen weiteren Kritikpunkt ein. Der christliche Antijudaismus werde der Komplexität der gegenwärtigen Judenfrage nicht gerecht, weil er sich einseitig nur gegen die Glaubensjuden richte und die Judenchristen außer Betracht lasse.

Diese mangelnde Differenzierung, die der von Hasselmann und Halfmann geäußerten antijudaistischen Argumentation zu Recht anzulasten war und ist, leistete ungewollt dem pauschalen rassistischen Antisemitismus des „Stürmer“, der NSDAP und des NS-Staates Vorschub. Wie die Partei den Antisemitismus gegen die Kirche instrumentalisierte, so taten es die beiden Geistlichen mit ihrem Antijudaismus, freilich zum Selbstschutz ihrer angegriffenen Kirche. Jede Seite profilierte sich, indem sie den Gegner einer Nähe zum Judentum zieh, was im nationalsozialistischen Deutschland gleichsam als ein Verwerfungsurteil galt. Darin lag eine

Ähnlichkeit der Argumentationsmittel.

Die Strategie Hasselmanns und Halfmanns, dem „Verjudungs“-Vorwurf des NS-DAP-Redners mit dem Beweis des jüdisch-christlichen Gegensatzes und der gemeinsamen Christentumsfeindschaft von Juden, Bolschewisten und „Völkischen“ zu begegnen, mag in der konkreten Situation vom November/Dezember 1936 zunächst entschieden, mutig und wirkungsvoll gewesen sein; langfristig war sie doch eine frühe Stufe jener fatalen Entwicklungslinie, die sich dann 1938 in den Novemberpogromen und seit Kriegsbeginn in den Deportationen und Ermordungen der Juden unterschiedslos entlud.

Anmerkungen

1. Der Forschungsstand basiert auf einer historischen und einer theologischen Studie: Klauspeter Reumann, Halfmanns Schrift „Die Kirche und der Jude“ von 1936, in: Schriften des Vereins für Schleswig-Holsteinische Kirchengeschichte, Reihe 2, Heft 48, 1997, aktualisierte Fassung in: Annette Göhres, Stephan Linck, Joachim Liß-Walther (Hgg.), Als Jesus ‚arisch‘ wurde - Kirche, Christen, Juden in Nordelbien 1933-1945, Bremen 2003, S.147-161, und Sönke Zankel, Die Bekennende Kirche und die ‚Judenfrage‘: Der Radikalantijudaismus des Wilhelm Halfmann, in: Niklas Günther u. Sönke Zankel (Hgg.), Theologie zwischen Kirche, Universität und Schule, Festschrift für Klaus Kurzdörfer, Kiel 2002, S. 52-66.
2. Die „Glaubensbewegung Deutsche Christen“ (DC) propagierte 1933 ein volkstümliches, spezifisch deutsches Christentum, das die Impulse der NS-Bewegung auch für die ev. Kirche nutzbar machte (Tatchristentum, deutsches Volkstum, Führerprinzip, gottgewollte Obrigkeit); an Stelle der 28 Landeskirchen strebte sie eine zentrale Reichskirche an; in Schleswig-Holstein waren die DC im Besitz der kirchlichen Leitungsgremien. - Als Opposition zu ihnen bildete sich die Bekenntnisgemeinschaft (BG) oder Bekennende Kirche (BK), die dem Staat und der Politik ihren eigenen Rechtsbereich zubilligte, für die Kirche aber die alleinige Geltung der Bibel des Alten und Neuen Testaments und der Bekenntnisschriften der Reformation beanspruchte; sie bekämpfte die religiöse Überhöhung des Nationalsozialismus.
3. Biografische Hinweise zu Wilhelm Börger in: Dokumente zur Kirchenpolitik des Dritten Reiches, Bd.3, 1935-1937, hrsg. von der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für kirchliche Zeitgeschichte, Gütersloh 1994, S. 395.
4. Flensburger Nachrichten, Nr. 270 vom 18. Nov. 1936 und Nr. 271 vom 19. Nov. 1936, jeweils S. 3, Ankündigungen der Veranstaltung, sowie Nr. 272 vom 20. Nov. 1936, S. 3, Bericht über die Veranstaltung: „Pg. Börger über Partei und Volk.“
5. Wie vorige Anm.
6. Kirchenkreisarchiv Flensburg (künftig: KKA. FL), XI, Propstei Nr. 400, Bd. 7, „Wort

- an die Gemeinden der Propstei Flensburg“ vom 29. Nov. 1936.
7. Die spezielle Statistik (Verzeichnisse der Austritte) liegt nur unvollständig vor, nämlich für St. Marien, Bezirk III, in KKA. Fl. XI, St. Marien, Nr.98/2, und für St. Johannis, Süd- und Nordbezirk, in KKA. Fl. XI, St. Johannis, Nr. 39.
 8. Wie Anm. 6, Rundschreiben von Propst Hasselmann an die Pastoren vom 5. Dez. 1936.
 9. KKAFl.,XI,St. Marien, Nr.98/2,Kirchenaustritte 1921-1945,Randbemerkungzuden Eintragungen Nr. 303-315., Handschrift Pastor Heinz Petersens, des Vertreters für Halfmann.
 10. KKA. Fl. wie Anm. 6, Rundschreiben vom 5. Dez. 1936.
 11. KKA. Fl. XI, Propstei, Nr. 398, Bd. 5, Rundschreiben von Propst Hasselmann an die Pastoren vom 5. Apr. 1937 und Bericht von Pastor Thomas Matthiesen, St. Petri, vom 8. Apr. 1937. Der politische Erwartungsdruck innerhalb der Polizei löste sich schon bald von seinem bahnbrechenden Anlass, dem Börger-Vortrag: Im Februar 1937 trat ein Schüler und Konfirmand aus der Kirche aus, weil er beruflich die Polizeilaufbahn anstrebte. „Dort sei ihm gesagt worden, dass es erwünscht ist, wenn er diesen Beruf ergreifen wolle, er wäre dann bereits aus der Kirche ausgetreten,“ siehe ebd. Bericht Pastor Petersen, St. Marien, vom 9. Apr. 1937.
 12. KKA. FL, Protokollbuch des Synodalausschusses (1932-1959), außer Verzeichnis, Sitzung vom 24. Nov. 1936, S. 28-29.
 13. Stadtarchiv Flensburg (künftig: StA. FL), XII, Hs. 1590 w, Nachlass Brodersen, Nr. 2.3 B, Brief Mutter B. an Sohn Peter vom 4. Dez. 1936.
 14. KKA. FL XI, Propstei, Nr. 400, Bd. 7, Beschwerde Propst Hasselmann an Landeskirchenausschuss vom 28. Nov. 1936.
 15. Wie vorige Anm., Schreiben des Landeskirchenausschusses an Propst Hasselmann vom 28. Dez. 1936.
 16. Wie vorige Anm., Schreiben des Landeskirchenausschusses an Propst Hasselmann vom 6. Febr. 1937.
 17. KKA. FL XI, Propstei, Nr. 400, Bd. 7, hektographierte Exemplare.
 18. Zu den Zahlen und Zuordnungen s. KKA. FL XI, Propstei, Nr. 400, Bd. 7, Beschwerde Propst Hasselmanns an Landeskirchenausschuss vom 28. Nov. 1936, und Klauspeter Reumann, Das Ringen um den rechten Weg: Kirchliches Leben in Flensburg 1933 bis 1945, S. 80, Anm. 63, in: Zwischen Konsens und Kritik, Facetten kulturellen Lebens in Flensburg 1933-1945, in: Flensburger Beiträge zur Zeitgeschichte, Bd. 4, Flensburg, 1999. Sichererscheint mir, dass zu den Nicht-Unterzeichnern der Kanzelerklärung die Pastoren Kähler und Goebell, St. Nikolai Flensburg, sowie Voth, Handewitt-Harrilee, gehörten und sie deshalb dort nicht verlesen worden ist.
 19. Leonore Siegele-Wenschkewitz im Vorwort des von ihr herausgegebenen Sammelbandes „Christlicher Antijudaismus und Antisemitismus: Theologische und

- kirchliche Programme Deutscher Christen“, Frankfurt a. M. 1994, und ihr Beitrag „Adolf Schiatters Sicht des Judentums im politischen Kontext: Die Schrift „Wird der Jude über uns siegen?“ von 1935, ebd. S. 95-110, hier S. 100 und 108.
20. Die „Evangelische Woche“ vom 11. bis 15. Okt. 1936 stand unter dem Thema „Der Glaube der Kirche“; ihre 14 Hauptveranstaltungen wurden von durchschnittlich 700 bis 800 Personen besucht, insgesamt von 10. 500 Personen, siehe Gottesdienstbuch St. Marien, eingeklebtes Programm mit Besucherzahlen. Zum Einschreiten der Gestapo gegen die vorgesehenen Redner Hans Asmussen und Volkmar Hertrich siehe Gerhard Paul, „Flensburg meldet...“ Flensburg und das deutsch-dänische Grenzgebiet im Spiegel der Berichterstattung der Geheimen Staatspolizei und des Sicherheitsdienstes (SD) des Reichsführers-SS (1933-1945), Quelle 67, S. 302-303, (= Flensburger Beiträge zur Zeitgeschichte, Bd. 2, Flensburg 1997).
 21. Zu Beschluss und Planung der Kirchentage siehe Nordelbisches Kirchenarchiv Kiel, (künftig NEKA), 98.40, Archiv der Bekennenden Kirche (ABK), Nr. 17, Protokollbuch des Landesbruderrates, Sitzung vom 9. Nov. 1936, Pkt. 5, und 98.04, NL. Halfmann, Nr. 57, Sitzung des Amtes für Gemeindeaufbau der BG. vom 10. Nov. 1936. Ein gedrucktes Plakat für die 4 Kirchentage, die unter dem Leitwort standen „Lasset uns halten am Bekenntnis“ (Hebräer-Brief, 10, 23-25), ist erhalten in NEKA, 98.04, NL. Halfmann, Nr. 42, Lage 146.
 22. Wie vorige Anm., Protokollbuch des Landesbruderrates, Sitzung v. 9. Nov. 1936, Pkt. 10.
 23. Hasselmanns Besuch im Landeskirchenamt wird zwischen dem 24. und 28. November stattgefunden haben, d.h. zwischen der Sitzung seines Synodalausschusses und seiner an den Landeskirchenausschuss gerichteten Beschwerde. Seine erfolgreiche Rücksprache beim LKA-Präsidenten Kinder ist außerdem am 4. Dez. 1936 im Brief der Mutter B. an Sohn Peter berichtet, siehe StA. FL, XII, HS. 1590 w, NL. Brodersen.
 24. NEKA, 98.40, ABK. Nr. 101, Husbyer Gemeindebericht [Propst] Bertheaus vom 11. Dez. 1936, Ausschnitt aus nicht bezeichneter Zeitung.
 25. Wilhelm Halfmann, Die Kirche und der Jude, Schriften des Amtes für Volksmission [der Bekenntnisgemeinschaft], Heft 11, Breklum 1936, S. 3, ähnlich in sprachlicher Variante S. 14, wo Halfmann vom „Kampf gegen das Alte Testament, die Bibel, die Kirche und das Christentum überhaupt“ spricht.
 26. Wie vorige Anm., S. 14.
 27. Zu den Einzelnachweisen des Erscheinens, der Beschlagnahme und des schließlichen Verbots der Schrift siehe Anm. 1, Reumann 1997 und 2003. Kennzeichnend war, dass die Gestapo auch Propst Hasselmann verdächtigte, bei ihm Haussuchung hielt und Exemplare beschlagnahmte, siehe StA. Fl. XII, Hs. 1590w, NL. Brodersen, Nr. 2.3 B, Briefe Vater B. an Sohn Peter vom 5. Febr. und Mutter B. an denselben vom 7. Febr. 1937.

28. Diese im November 1935 erschienene Schrift zitiert Halfmann zustimmend, siehe Die Kirche und der Jude, S. 15/16; sein gelesenes Exemplar trägt umfangreiche Bearbeitungsspuren, siehe NEKA, 98.04, NL. Halfmann, Nr. 109.
29. Reichsbürgergesetz und Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre, beide vom 15. Sept. 1935, in: Walther Hofer, Der Nationalsozialismus, Dokumente 1933-1945, Frankfurt 1957, Nr. 159 und 160. Das Reichsbürgergesetz schloss Juden von den vollen staatsbürgerlichen Rechten aus, das Blutschutzgesetz versagte ihnen Eheschließungen mit Deutschen.
30. Augsburgische Konfession von 1530, Art. 28.
31. Halfmann, Kirche und Jude, S. 3 und 13.
32. Wie vorige Anm., S. 16.
33. Wie vorige Anm., S. 10 und 17.
34. Klauspeter Reumann, Von der Gunst des Grenzlandes: Flensburger Presseberichte zum nationalsozialistischen Staatseingriff in den Kirchenkampf 1935/36, in: Grenzfriedenshefte, H. 1, 1986, S. 21-35. Ergänzend zu diesem Beitrag ist heute wahrscheinlich zu machen, dass die Übersetzungen dänischer Artikel zum deutschen Kirchenkampf aus Flensburg Avis durch Pastor Harald Torp, Glücksburg, an Hasselmann und Halfmann gelangten, und es ist nachweisbar, dass Torp sie übersetzt erhielt von dem Flensburger Kaufmann Diedrich Dethleffsen, sen., der bei Glücksburg seinen Altersruhesitz hatte, siehe NEKA. 98.40, ABK, Nr. 393, Sammlung Torp, s. dessen Schreiben an „Sehr geehrter Herr Pastor“ vom 31. Okt. 1934 und Torps spätere Notiz dazu, die bis Febr. 1936 vorliegenden Übersetzungen hätte ihm der verstorbene Diedrich Dethleffsen zugeschickt.
35. Hasselmann beteuerte in der Kanzelerklärung die „Kampffront gegen den Bolschewismus“, Halfmann in seiner Schrift das „Bollwerk... gegen den Weltfeind Bolschewismus“.
36. Briefe Fritz Valentins, Hamburg, an Halfmann vom 25. April und 17. Mai 1937, Abdruck der Briefe siehe Anm. 1, Reumann, 1997.

Der „Ostersturm“ von 1933

Der publizistische Krieg der nordschleswigschen Presse

von FRANK LÜTTMANN

Unmittelbar nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 31. Januar 1933 sahen führende Nationalsozialisten aus Schleswig-Holstein ihre Chance gekommen, die seit der Abstimmung von 1920 bestehende Grenze in Frage zu stellen. So wurde von deutscher Seite eine Kampagne zur Nazifizierung der deutschen Minderheit in Nordschleswig entfacht. Das eigentliche Ziel war die Rückgewinnung des Gebietes. Diese Kampagne ist als Ostersturm/Påskeblæsten in die Geschichte eingegangen. Im folgenden Beitrag bringt Frank Lüttmann einen Auszug aus seiner Staatsexamensarbeit, in der er den Umgang der Grenzlandpresse mit diesem Thema beleuchtet.

Die Redaktion

Der Presse kam in Nordschleswig eine besondere Bedeutung zu. Unversöhnlich standen sich die dänischen Zeitungen (Modersmaalet, Hejmdal, Jydske Tidende) und das seit 1929 einzige deutsche Blatt nördlich der Grenze (Nordschleswigsche Tageszeitung) gegenüber. Führende politische Vertreter beider Seiten lieferten sich oftmals erbitterte publizistische Kämpfe, die es im Folgenden zu beleuchten gilt. Insbesondere Johannes Schmidt-Wodder und der Viöler Pastor Johann Peperkorn auf Seiten der deutschen Nordschleswiger und auf dänischer Seite Hans Peter Hanssen, Besitzer von Hejmdal in Apenrade, taten sich hervor.

Nach der Abstimmung im Jahre 1920 war es um die nördliche Reichsgrenze ruhiger geworden. Grenzrevisionsforderungen waren von Seiten der regionalpolitischen Verbände selten geworden, wohl auch aus dem Wissen heraus, dass die politischen Gegebenheiten im Reich dafür keinen Raum boten. Mit dem Aufkommen des Nationalsozialismus, der in Schleswig-Holstein besonders stark Fuß fassen konnte, sollte sich dies ändern. Schon im Herbst 1932 hatten die Nationalsozialisten versucht, den Schleswig-Holsteiner Bund (SHB) unter ihre Kontrolle zu bringen, indem sie bei der Wahl zum Vorsitzenden den nationalsozialistischen Bürgermeister von Eckernförde, Dr. Wilhelm Sievers, gegen den Vorsitzenden Willy Iversen antreten ließen. Dieses Vorhaben scheiterte allerdings zunächst. Mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler änderte sich die Lage in Deutschland grundlegend. Der grundsätzliche Stimmungswandel im Volk schlug auch auf den SHB durch, so dass es schließlich am 12. Februar 1933 doch gelang, Sievers zum Vorsitzenden zu wählen.¹ Mit dieser Wahl eines Nationalsozialisten zum Vorsitzenden des bedeutendsten regionalpolitischen Verbandes in Schleswig-Holstein vollzog sich ein Wandel in der Grenzpolitik auf regionaler Ebene.

Peperkorns Rede als Auftakt der Kampagne

Erkennbar wurden diese Veränderungen erstmals am 24. Februar 1933 im Verlauf einer nationalsozialistischen Kundgebung im Deutschen Haus in Flensburg. Dort hielt Johann Peperkorn, NSDAP-Wortführer in Grenzfragen, eine Ansprache, die in der Presse in Nordschleswig großes Aufsehen erregte. Die Nordschleswigsche Tageszeitung (NT) druckte auf der Titelseite einen Großteil der Rede im Originalwortlaut ab. Peperkorn stellte unter anderem Deutschlands Recht auf Nordschleswig heraus und sagte, dass man Dänemark dazu zwingen müsse, Deutschland in der Grenzfrage entgegenzukommen.² Ferner richtete Peperkorn sich direkt an H.P. Hanssen: „(...) Dänemark kann auf einmal im Schatten liegen, während über Deutschland eine freundliche Sonne scheint. Was meinen Sie, H. P. Hanssen, wenn wir dann wieder einmal die Schicksalsfrage an Nordschleswig stellen würden?“³

Abschließend drückte die Redaktion noch einmal aus, dass die deutsche Minderheit „hoffnungsfroh in die Zukunft blicken dürfe“ und dass „unter den neuen Verhältnissen in Deutschland auch der abgetrennten Deutschen mit ganz besonderer Liebe und Fürsorge gedacht werden [würde].“⁴ Somit war deutlich, dass man auf Seiten der NT-Redaktion auf lange Sicht ganz eindeutig die Wiederangliederung Nordschleswigs an Deutschland wünschte. Die Äußerungen Peperkorns waren die ersten öffentlichen dieser Art nach langer Zeit. Die Tatsache, dass die NSDAP nun Regierungsmacht hatte und dass Peperkorn für die gesamte NSDAP zu sprechen schien, steigerte die Hoffnung der NT.

Die dänische Presse, in erster Linie Hejmdal, nahm die Nachricht von der Kundgebung in Flensburg natürlich anders auf. In einem Kommentar wurde die Rede ausführlich behandelt, und in diesem Zusammenhang antwortete H.P. Hanssen direkt auf die an ihn gerichteten Äußerungen Peperkorns. Er verwahrte sich klar gegen die von Peperkorn erhobenen deutschen Ansprüche auf Nordschleswig. Mögen die Verhältnisse in Nordschleswig noch so problematisch werden, so würden sich die Deutschen trotzdem „einen Korb holen und ein klares und bestimmtes Nein von der nordschleswigschen Bevölkerung“ empfangen.⁵ Zudem verwies Hanssen darauf, dass man den Willen der großen dänischen Bevölkerungsmehrheit mit Grenzrevisionsforderungen überginge. Weiter schreibt Hanssen, dass „es (...) klüger gewesen [wäre], wenn die Redner als verantwortliche Politiker mit den realen Gegebenheiten gerechnet hätten, statt sich Phantasien hinzugeben.“⁶ Mit dieser deutlichen Meinungsäußerung gegen die deutsche Seite steckte Hejmdal schon frühzeitig die Argumentationslinien ab. Dabei war offenkundig die Sorge vor einem erneuten Aufkommen des Grenzkampfes hauptsächlich Antrieb für diese scharfe Reaktion.

In der Hejmdal-Redaktion war man offenbar für Signale aus Deutschland, welche die Grenze in Frage stellten, etwas stärker sensibilisiert als bei Modersmaalet und J.T., der auflagenstärksten Zeitung der Region. Beide Blätter widmeten sich der Rede kaum. Man zog wohl etwaige weitreichende Folgen noch nicht in Erwägung. Für H. P.

Hanssen, der sein ganzes Leben dem Grenzkampf auf dänischer Seite gewidmet hatte, mussten die deutschen Äußerungen gegen die derzeitige Grenzziehung dagegen extrem provozierend wirken.

Sievers' Forderungen nach Grenzrevision und die dänischen Reaktionen

Am 18. März veröffentlichte die NT eine programmatische Erklärung von Dr. Sievers, der darin die Zielsetzung des SHB neu formulierte. Der Aufsatz steht unter dem bezeichnenden Titel „Unser Kampf“.⁷ Es heißt in diesem unter anderem: „Was wir jetzt wollen ist die Beantwortung der Frage nach dem Weg, den wir einschlagen müssen, um an unser Ziel zu gelangen, unser Ziel: das unserer Heimat 1920 angetane Unrecht wieder gutzumachen! (...) Das ganze Land wird durchorganisiert, bis eine leistungsfähige Organisation dasteht, die in der Lage ist, unseren Brüdern im Norden den Rückhalt zu bieten, den sie notwendigerweise unter fremder Herrschaft gebrauchen. (...) Heute reckt sich der deutsche Michel. Er steht auf! Dänemark wird sich daran gewöhnen müssen, dass Deutschland (...) das größere Brudervolk [ist]. (...) So entfachen wir eine Massenbewegung, die zutiefst im Kulturellen wurzelt.“⁸

Welche „Massenbewegung“ Nationalsozialist Sievers hier meinte, erscheint nur allzu offensichtlich. Diese Zeilen enthalten erstmals eine Beschreibung der geplanten Vorgehensweise zur Rückgewinnung Nordschleswigs. Auf dänischer Seite mussten diese Worte einen einschneidenden Eindruck hinterlassen, schloss der Artikel doch mit den altbekannten Worten: „Up ewig ungedeeft!“

Damit war klar, was man zukünftig befürchten musste. Denn die örtlichen NS- Agitatoren waren vermeintlich gleichgesinnt mit denen, die in Berlin in Regierungsverantwortung saßen. Deutsche Nationalsozialisten würden demnach versuchen, die Grenze von 1920 zu verschieben, was mit den oben beschriebenen Mitteln und nicht mittels einer Volksabstimmung erreicht werden sollte. Dieser Artikel wurde von der dänischen Presse nicht explizit kommentiert, aber er zeigt sehr eindrucksvoll, welches Gedankengut hinter der Grenzagitatorik auf deutscher Seite stand. Es war wiederum Wilhelm Sievers, der die Grenzfrage einige Tage später erneut aufwarf und damit einen Sturm der Entrüstung in der dänischen Öffentlichkeit auslöste. In einer Ansprache in Schleswig am 25. März aus Anlass des 85. Jubiläums der Schleswig-Holsteinischen „Erhebung“, äußerte er sich in eindeutiger Weise zur Wiederaufnahme des Kampfes um die Grenze: „Wir wollen das Unrecht der Dänen von 1918 bis 1920 nicht länger dulden. Wir werden niemals diese Grenze anerkennen. Wir werden dafür sorgen, dass die Grenze revidiert wird, und zwar so, wie wir es bestimmen und nicht nach dem Willen der Dänen. (...) Wir wollen Nordschleswig wiederhaben.“⁹

Solche Aussagen konnten von der dänischen Presse nicht unbeantwortet bleiben. Hejmdal nahm sich denn auch des Themas mit großer Ausführlichkeit und Deutlichkeit an. Ein eindeutiger Kommentar des Blattes legt die Einstellung der Redaktion offen. „Dr. Sievers“ Husarenritt¹⁰ lautet die Kopfzeile des Artikels, der von H.P. Hanssen

persönlich verfasst ist und die Äußerungen Sievers“ mit Blick auf die reichspolitischen Interessen Deutschlands abmilderte. Berlin könne keinen Nutzen davon haben, die Grenze zu revidieren. Ganz Skandinavien würde die dänische Grenze als die des Nordens betrachten und garantieren. Dies würde man auch in Berlin erkennen. Somit sei es nicht wichtig, was Sievers fordere, „denn dass die Politik des deutschen Außenministeriums nicht mit der von Dr. Sievers einhergeht, betrachten wir als gegeben.“¹¹ Mit diesen Worten rückte Hejmdal die grenzrevisionistischen Forderungen in ein anderes Licht, doch die Tatsache, dass derart umfassend darauf eingegangen wurde, spiegelt trotzdem eine gewisse Furcht vor solchen Bestrebungen wider. Denn selbst wenn Berlin anderer Ansicht war als der SHB, konnte dieser eigenmächtig grenzrevisionistische Propaganda verbreiten. Die hauptsächliche Furcht der Hejmdal-Redaktion war wohl die, dass regionale Aktivitäten in Berlin keine Beachtung finden und somit nicht gestoppt werden würden. Dann hätten die Kreise um Sievers ihren Einfluss in Nord-schleswig vergrößern und Unruhe hervorrufen können. Dies war nach Sievers' Schleswiger Rede schon in einem gewissen Grad gelungen.

Auch bei Modersmaalet weckten derartige revisionistische Äußerungen des SHB- Vorsitzenden die Aufmerksamkeit der Redaktion, und man reagierte darauf in einem Artikel auf der ersten Seite. Dieser ist in dem gleichen Tenor verfasst wie die Ausführungen Hejmdals, wenn auch nicht ganz so ausführlich. „Die Drohung aus Schleswig“¹² lautet die Überschrift. Die Art und Weise der in Schleswig getätigten Äußerungen zur Grenzziehung seien demnach ganz eindeutig und als solche ernst zu nehmen. Neben der Bewertung dieser Aussagen nimmt auch eine Kritik an der J.T. einen Großteil des Kommentars ein. Sehr merkwürdig sei deren Berichterstattung an diesem Morgen gewesen. Dabei zitiert Modersmaalet die J.T. vom 28. März direkt.¹³ In diesem Artikel spricht die J.T. von der Berichterstattung „bestimmter Venstre-Zeitungen“¹⁴, womit Hejmdal und Modersmaalet gemeint sind. Diese forderte das Blatt zur Mäßigung ihrer Kritik an Deutschland auf. Darauf reagierte Modersmaalet sehr scharf, indem es derartige Aussagen, ausgerechnet von Seiten einer dänischen Zeitung, zurückwies. Sievers sei zu weit gegangen, und gerade auf dieses Thema könne man als dänische Zeitung nicht scharf genug reagieren.¹⁵ Die Aussagen der J.T. wurden mit großem Unverständnis aufgenommen, und man tadelte die Konkurrenz ungewöhnlich direkt. Jedoch erschien in der J.T. derselben Ausgabe ein weiterer Artikel zum Thema, der bei näherer Betrachtung und im Vergleich zum vorhergehenden Artikel Schlüsse auf die interne Situation des Blattes zulässt, die von nicht unerheblicher Bedeutung sind. Ebenfalls am 28. März, ebenfalls auf der dritten Seite, begann die J.T. mit der Veröffentlichung einer fünfteiligen Ansprache von Redakteur Adolph Svensson, die zum zuvor erwähnten Artikel auf der gleichen Seite in einigem Widerspruch steht. In diesem Artikel geht der Autor auch auf den oben erwähnten NT- Artikel „Unser Kampf“ ein und kritisiert dessen Inhalt heftig. Die ausführliche Behandlung der Aussagen Sievers' seien deshalb sehr wichtig, damit die Dänen die derzeitige ernste Lage besser einschätzen könnten.¹⁶ Die Aussagen der deutschen Seite seien zwar nicht grundlegend

neu, dafür aber die Unerbittlichkeit, mit der diese jetzt vorgebracht wurden. Mit dieser deutlichen Kritik an den grenzrevisionistischen Forderungen des SHB stehen die Worte Svenssons in einem klaren Gegensatz zu anderen Artikeln der J.T., u.a. in derselben Ausgabe, in denen man zu Besonnenheit auf dänischer Seite riet. Die Tatsache, dass innerhalb der Redaktion solche Richtungsunterschiede vorhanden waren, verdeutlicht die Unsicherheit der Lage. Man konnte die Situation offenbar nicht genau einschätzen. Wenn schon die Berichterstattung einer Zeitung nicht einheitlich war, wie konnte man das dann von der dänischen Bevölkerung Nordschleswigs erwarten? Diese Tatsache bot weiteren Spielraum für die deutsche Seite, ihre Grenzpositionen zu vertreten, denn Uneinigkeit in der dänischen Bevölkerung bedeutete weniger Entschlossenheit.

Peperkorn übergibt Anweisungen aus Berlin

Die deutlichen Worte von Wilhelm Sievers vom 25. März hatten auch in Berlin Aufsehen erregt, denn das Vorgehen der schleswig-holsteinischen Nationalsozialisten entsprach nicht den außenpolitischen Vorstellungen der Reichsregierung. Kurz nach der Machtübernahme wollte man Verstimmungen mit Nachbarstaaten unbedingt vermeiden, zumal die Regierung Hitlers auch innenpolitisch noch nicht völlig gefestigt war. Daher erging eine Weisung an die örtlichen Parteiführungen, in der ihnen Mäßigung in der Grenzfrage befohlen wurde.¹⁷ Am 5. April sprach Sievers auf einer Veranstaltung zur Erinnerung an die Versenkung des dänischen Linienschiffes Christian VIII. 1849 vor Eckernförde. Auch hier wurde das Grenzthema erneut angesprochen, doch nun hielt Sievers sich merklich zurück, was offenkundig auf die Anordnungen aus Berlin zurückzuführen ist. Diese Veranstaltung hätte vermutlich kein größeres Aufsehen erregt, wäre nicht am Abend Peperkorn in kleinerer Runde über die Anweisungen hinweggegangen. In noch schärferer Form als zuvor warf er die Grenzfrage auf und kündigte grenzüberschreitende Aktionen an, mit denen man Kopenhagen zu Zugeständnissen zwingen wollte. Auffällig ist in diesem Zusammenhang, dass die dänischen Zeitungen sich in hohem Maße mit dieser Rede befassten, während die NT darüber gar nicht berichtete.

Hejmdal brachte am folgenden Tag einen unmissverständlichen Leitartikel: „Pastor Peperkorn will Nordschleswig nazifizieren. Mit blitzartiger Geschwindigkeit sollen bis zu 80 deutsche nationalsozialistische Organisationen in Nordschleswig errichtet werden. Der Führer des nationalsozialistischen Schleswig-Holsteinismus ließ gestern in Eckernförde in einer Dänemark, Dannebrog und die dänischen Nordschleswiger verhöhnenden Rede die Maske fallen.“¹⁸

Mit seinen Äußerungen hatte Peperkorn seine Taktik verdeutlicht. Ein solches Szenario, das massive nationalsozialistische Aktionen auf dänischem Hoheitsgebiet ankündigte, musste Ängste in der dänischen Öffentlichkeit wecken. Dies spiegelt sich auch in der Berichterstattung Hejmdals wider, denn man nahm sich des Themas mit größter

Ausführlichkeit an, indem auf drei Seiten berichtet und nahezu die gesamte Rede Peperkorns im Originalwortlaut abgedruckt wurde. Auch die J. T. gab sich dazu eindeutig kritisch und sprach dabei von einer „unbändigen und herausfordernden Rede“¹⁹ Peperkorns und verließ damit die unentschlossene Linie der Vorwoche.

Die Einigkeit der dänischen Presse gegenüber der Agitation der Nationalsozialisten tritt in einem Artikel zu Tage, den Modersmaalet am 6. April abdruckte. Es geht darin hauptsächlich um das Gebaren nationalsozialistischer Kreise in Nordschleswig und wie man den sich verschärfenden Aktionen auf dänischer Seite begegnen könne: „In Nordschleswig wird diese Bewegung zweifellos eine starke dänische Gegenbewegung hervorrufen, (...) Je stärker der Lärm von deutscher Seite nördlich und südlich der Grenze wird, desto aufmerksamer wird die dänische Bevölkerung dem zuhören. (...)Dann ist das Volk auf seinem Platz, hält die Grenze bewacht.“²⁰

Die Berichterstattung innerhalb der dänischen Grenzpresse verdeutlicht, dass man die Entwicklung als eine Gefährdung der Grenze erkannte und sich des Ernstes der Lage bewusst war. Die Presse mit Hejmdal an der Spitze stand also zu Beginn des Monats April auf dänischer Seite geschlossen gegen die deutschen Forderungen, nachdem zunächst der deutliche Überraschungseffekt die Verfolgung einer klaren einheitlichen Linie behindert hatte.

Angriffe der Nordschleswigschen Tageszeitung auf H. P. Hanssen

Am 8. April 1933 ging die NT in einem Leitartikel direkt auf H.P. Hanssen ein. Thema des sehr umfangreichen Kommentars sind „Grenz- und andere Fragen. H.P. Hanssens Nervosität.“²¹ Innerhalb dieser Zeilen wird H.P. Hanssen massiv angegriffen und wiederholt vorgeworfen, dass er Tatsachen verdreht habe, wenn in seinem Blatt von einer allgemeinen dänischen Ablehnung einer neuen Grenzziehung gesprochen wurde. Wirtschaftliche Probleme hätten das Meinungsbild in Nordschleswig zugunsten der deutschen Linie verändert, so dass auch viele Dänen den Forderungen des SHB und der schleswig-holsteinischen Nationalsozialisten um Peperkorn zustimmen würden.

Polemik in der Berichterstattung herrschte zweifelsfrei auf beiden Seiten, doch befand sich die NT in einem gewissen Erklärungsnotstand, um ihren Standpunkt zu begründen. Dies führte dazu, dass sie erheblich stärker von den Fakten abweichen musste, als es auch Hejmdal hin und wieder tat. So behauptete die NT fälschlich, dass die deutsche Minderheit bei den letzten Kommunalwahlen erheblich dazugewonnen hätte. Der zunehmend oberflächliche Stil der NT und das Niveau, auf dem sie die Debatte führte, lässt sich anhand der folgenden Zeilen erkennen, die ihrer Art nach typisch sind: „Es ist ja nun eben einmal so: der Mann, Dänemark, kann die ihm 1920 durch den Machtspruch der Entente angetraute Frau, Nordschleswig, nicht ernähren. Was ist da natürlicher, als dass die Frau schließlich auf Scheidung klagt?“²² In dieser Zeit machte die NT sich grundsätzlich vorbehaltlos die Positionen der Agitatoren der

Grenzkampagne zu eigen und plädierte mit einer eindeutigen Berichterstattung für die Grenzrevision.

Aufrufe aus Berlin zur Mäßigung

Nach der ersten Weisung aus Berlin, in der man Mäßigung in Grenzfragen gefordert hatte, wandte man sich im AA eingehender der neu entstandenen Entwicklung zu. Hauptakteur auf Seiten der Reichsregierung war Alfred Rosenberg, der gerade erst am 1. April das Außenpolitische Amt (APA) der Partei übernommen hatte. Rosenberg betonte, dass Deutschland und Dänemark friedlich nebeneinander existieren sollten, und daher würde man von Seiten der deutschen Regierung nichts tun, was dieses Verhältnis stören würde. Ferner drückte er die Zuversicht aus, dass die örtlichen Führer der NSDAP den Problemen, die im Zusammenhang mit Grenzrevisionsforderungen entstanden waren, beikommen können. Diese Aussage richtete sich somit direkt gegen Peperkorn und Sievers. Es kam klar zum Ausdruck, dass die Agitation des SHB und anderer nicht mit der Rückendeckung Berlins geschehen war. Rosenberg erweckte sogar den Eindruck, dass man das Infragestellen der Grenze ebenfalls missbillige. Tägil weist in diesem Zusammenhang aber darauf hin, dass diese offizielle deutsche Erklärung in erster Linie darauf zielte, die dänische Öffentlichkeit zu beruhigen, und man nur Peperkorns eigenmächtige und wenig geschickte Vorgehensweise, nicht aber das Ziel einer Grenzrevision als solches ablehnte.²³

Über diese Erklärung Rosenbergs, die er Berlingske Tidende gegenüber gemacht hatte und die von der Nachrichtenagentur Ritzaus Bureau verbreitet wurde, berichtete Hejmdal in der Ausgabe vom 11. April. Von Seiten der Redaktion begrüßte man das Einschreiten der deutschen Regierung in hohem Maße, denn damit wurde die Hoffnung auf ein Abflauen der Bewegung um Peperkorn verbunden. Man war allerdings der Auffassung, dass die grundsätzliche Unzufriedenheit mit der Grenzziehung von 1920 sich auch weiterhin in Äußerungen des SHB und auch des Schleswigschen Wählervereins um Johannes Schmidt-Wodder manifestieren würde. Zumindest sei nun aber damit zu rechnen, dass die Gemüter sich abkühlen würden. H.P. Hanssen äußerte in Hejmdal seine Genugtuung²⁴, Modersmaalet und J.T. taten es ihm gleich.

Die Redaktion der J.T. glaubte aber, dass man in Zukunft keine Gefährdung der Grenze mehr zu befürchten habe, denn „die Disziplin innerhalb der nationalsozialistischen Partei ist nämlich absolut“²⁵. Die Tatsache, dass man bei der J.T. die Wirkung der Berliner Erklärung weniger skeptisch betrachtete als die beiden anderen Blätter, steht in Konsequenz zu der allgemein etwas nüchterner wirkenden Berichterstattung der Zeitung. Sie ging, wie zuvor schon erwähnt, insgesamt sachlicher vor, was sich besonders in kommentierenden Artikeln bemerkbar macht.

Im Vergleich zur dänischen Presse bewertete man bei der NT die Aussagen Rosenbergs in ganz anderer Form. Rosenberg habe im Grunde nichts Anderes gesagt als Peperkorn, im Unterschied zu diesem aber,, (...) in wohl ausgewogenen Worten, wie

sie im allgemeinen ein verantwortlicher Diplomat anwenden wird.“²⁶ In der Rückschau mögen Rosenbergs Worte tatsächlich maßgeblich nur die Einstellung der öffentlichen Grenzdebatte zum Ziel gehabt haben und nicht, wie auf dänischer Seite angenommen, die Infragestellung der Ziele der Nordschleswiger als solche. De facto stellte die Intervention aus Berlin für die NT jedoch einen erheblichen Rückschlag dar, und man benötigte einige Zeit, um die Berichterstattung den neuen Gegebenheiten anzupassen.

Erste Reaktionen der Nordschleswigschen Tageszeitung

Nach der Intervention aus Berlin dauerte es trotzdem noch eine ganze Zeit, bis sich die Situation in der Grenzfrage wieder beruhigte, und in der nordschleswigschen Presse blieb sie zunächst vorherrschendes Thema. Ein Thema der Berichterstattung war das Uniformverbot der dänischen Regierung, das sich gegen das Tragen von SA-Uniformen auf dänischem Hoheitsgebiet richtete, ferner verschiedene dänische Kundgebungen gegen die deutsche Grenzkampagne. Diese Ereignisse waren noch eine direkte Folge der vorangegangenen Geschehnisse, und im Zusammenhang mit diesen, blieben die grundlegenden Auffassungen in der Presse bestehen, so dass darauf hier dezidiert nicht eingegangen werden muss. Ein Artikel von Johannes Schmidt-Wodder in der NT, der sich deutlich in Inhalt und Stil von zuvor zur Grenzfrage Geäußertem unterscheidet, steht exemplarisch für eine veränderte Berichterstattung. Der Artikel enthält freilich kritische Worte zur Grenzziehung von 1920, die einen erneuten Anschluss Nordschleswigs an Deutschland implizieren, doch sind die kämpferischen Aussagen ganz gewichen: „Das Selbstbestimmungsrecht der Völker hat noch heute seinen Sinn, aber es deckt sich nicht mit einer Entscheidung vieler einzelner in einem Tiefpunkt deutscher Geschichte. Nordschleswig hat ein Recht auf eine bessere Zukunft zusammen mit Schleswig, und Deutschland-Dänemark müssen ihr Verhältnis ordnen frei von Versailles.“²⁷

Hatte man zuvor in der NT von einer Ausübung von Druck auf Kopenhagen gesprochen und deutliche, unmissverständliche Aussagen bevorzugt, sind innerhalb dieser Zeilen wieder Deutungsmöglichkeiten vorhanden. So erwecken diese Zeilen auch den Eindruck, als wolle man einen aufrichtigen Neubeginn in der Grenzfrage wagen, denn es ist schon ein Unterschied, ob man davon spricht „Verhältnisse zu ordnen“ oder eine Grenzrevision wörtlich verlangt. Vom Ziel des Anschlusses Nordschleswigs an das Deutsche Reich rückte Schmidt-Wodder nicht ab, aber er distanzierte sich von den von Peperkorn u.a. gewählten Methoden. Deren Worte seien „unüberlegte Äußerungen“ gewesen, so Schmidt-Wodder.²⁸ Auf dänischer Seite musste man sich beim Anblick derartiger Artikel in der zuvor so kämpferisch auftretenden NT über den wahren Hintergrund im Klaren sein.

Die Rendsburger Grenzlandkundgebung als Wendepunkt

Die Folgen des Berliner Eingreifens wurden zum ersten Mal in aller Deutlichkeit auf einer Grenzlandkundgebung am 18. Juni 1933 in Rendsburg offenbar. Ursprünglich hatte man diese Veranstaltung als Podium für eine groß angelegte grenzrevisionistische Demonstration geplant, doch zeigten die Eingriffe aus Berlin Wirkung.²⁹ Über die Kundgebung berichtete die NT in den folgenden Tagen sehr ausführlich, indem sie alle wichtigen Reden vollständig abdruckte. So auch die Ansprache des SHB-Vorsitzenden Sievers, in der er sich auch zur deutschen Minderheit in Nordschleswig äußerte: „Wir werden diese Volksgenossen im Kampf um die Erhaltung ihres Deutschtums unterstützen. (...) Wir verlangen nichts als die Stärkung und Erhaltung des Deutschtums im abgetrennten Gebiet, und wir wollen dieses Ziel mit Mitteln erreichen, die uns gestattet sind, auf die wir ein geschriebenes Recht haben.“³⁰ Um wie vieles harmloser klangen doch diese Aussagen im Vergleich zu denen des Monats März, in denen Sievers noch davon gesprochen hatte, Kopenhagen zum Handeln in der Grenzfrage zu zwingen. Ganz offenkundig hatte es einen Kurswechsel in der öffentlichen Darlegung des Themas gegeben, der maßgeblich auf das Einschreiten der Reichsregierung zurückzuführen war. Sievers sprach in dieser Rede nun nicht mehr von einem Anschluss Nordschleswigs an Deutschland, sondern nur noch von einer „Erhaltung des Deutschtums“. Auch an Äußerungen, in denen er das freundschaftliche Verhältnis zu Dänemark herausstellt, erkennt man diese Veränderung: „Wir wissen, dass wir gerade mit den germanischen Völkern im Norden als Deutsche und als Nationalsozialisten in einem guten Verhältnis leben wollen und müssen und dass es zwischen uns weitaus mehr Verbindendes als Trennendes gibt. Gerade deshalb halten wir es für unsere Pflicht dafür zu sorgen, dass die Beziehungen zwischen ihnen und uns immer fester werden, d.h. dass alle Reibungspunkte im unmittelbaren Verkehr mit ihnen beseitigt werden.“³¹

Hier kommt die Volkstumsideologie des Nationalsozialismus klar zum Ausdruck, der man zuvor mit der Entfachung der Grenzkampagne entgegengewirkt hatte. Irritationen im deutsch-dänischen Verhältnis, die zuvor massiv vorhanden waren, wollte Sievers ebenfalls klar vermeiden und hatte sich mit diesen jüngsten Äußerungen um 180 Grad gewendet. Denn alles im März bzw. April öffentlich Geforderte war in starkem Maße provozierend gegen Dänemark gewesen und wurde damals in Kauf genommen.

Zur Grenzlandkundgebung in Rendsburg äußerte man sich auf Seiten der dänischen Grenzpresse sehr zufrieden. Insbesondere die auffällig harmlosen, bisweilen fast freundschaftlich wirkenden Reden wurden als gutes Zeichen für die Zukunft erachtet. Unter der Zeile „Ein anderer Ton als zuvor“ nahm sich die J. T. des Themas an.³² Die oben beschriebenen Veränderungen in den Äußerungen zur Grenze wurden auch hier bemerkt und positiv herausgestellt.³³ Demnach waren auf Seiten der J.T. die Signale aus Deutschland erkannt worden, wonach man die Grenzpolitik grundlegend verändert hatte. Aussagen in der Art von Sievers' Worten waren auch vor Beginn des „Ostersturms“ nicht außergewöhnlich gewesen, womit man von einer Rückkehr zu den

alten Verhältnissen sprechen kann. Einzig die Herausstellung des völkischen Elementes war neu.

In ähnlicher Weise beschrieben Modersmaalet und Hejmdal die Veranstaltung, indem man gleichsam von einem Schlusstrich unter die Grenzkampagne des Frühjahrs sprach. „Neue Töne aus Rendsburg“³⁴ titelt Modersmaalet und reiht sich damit in die Art der Berichterstattung der J.T. mit ein. Somit stand die dänische Grenzpresse einheitlich in ihrer Berichterstattung zu den Ereignissen von Rendsburg. Positiv sah man natürlich nur die Tatsache der Abschwächung der grenzrevisionistischen Bewegung, nicht andere Bereiche deutscher Politik, insbesondere nicht den Nationalsozialismus als solchen. Zudem war man für alle Verlautbarungen über die Grenzziehung und die Minderheitenfrage sensibilisiert. Dies traf in verstärkter Form für H. P. Hanssen und Hejmdal zu, der alle getätigten Aussagen zur Grenze besonders kritisch bewertete und in den Wochen vor dem 18. Juni massiv seinen Stil vom Frühjahr fortsetzte. Das Blatt übertrieb es in mancherlei Hinsicht und unterschied sich damit von Modersmaalet und J.T., was vermutlich insbesondere H. P. Hanssen persönlich zuzuschreiben ist, der nach vielen Jahren des Grenzkampfes in manchen Fragen etwas zu weit ging.³⁵ Gerade Hejmdal ist aber in der Grenzdebatte vom Frühjahr 1933 eine führende Stellung einzuräumen. Dies zeigt sich insbesondere an der Tatsache, dass die NT wiederholt und teilweise mit persönlichen Angriffen auf H.P. Hanssen und sein Blatt einging. Zudem orientierten sich Modersmaalet und J.T. oftmals an den Artikeln Hejmdals, dessen Einfluss auf die Grenzdebatte daher nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Einzelne Artikel des Blattes wirkten gar direkt auf Handlungen beteiligter Personen ein.

Die Berichterstattung zur Grenzdebatte führte innerhalb der dänischen Bevölkerung zu einer verstärkten Sorge um die Grenze.³⁶ Der Aktionismus von Teilen der deutschen Nordschleswiger zur Revision der Grenzziehung erwies sich als kontraproduktiv für die eigene Sache, da die daraufhin erfolgte Intervention aus Berlin und das geschärfte Bewusstsein in der dänischen Öffentlichkeit eine offen revisionistische Grenzpolitik auf unabsehbare Zeit unmöglich machten.

Anmerkungen

- 1 Tägil, Sven: Deutschland und die deutsche Minderheit in Nordschleswig. Eine Studie zur deutschen Grenzpolitik 1933-39, Lund Studies in International History 1, Lund 1970.
- 2 Tägil, S. 29.
- 3 Zitiert nach: Nordschleswigsche Tageszeitung vom 27.2.1933, S. 1.
- 4 Ebd.
- 5 Hejmdal vom 27.2.1933, S. 3. Sämtliche Zitate aus den dänischsprachigen Zeitungen sind vom Verfasser übersetzt worden.
- 6 Hejmdal vom 27.2.1933, S. 3.
- 7 Nordschleswigsche Tageszeitung vom 18.3.1933, S. 2.

- 8 Ebd.
- 9 Zitiert nach: Tägil, S. 29f.
- 10 Hejmdal vom 27.3.1933, S. 3.
- 11 Ebd.
- 12 Modersmaalet vom 28.3.1933, S. 2.
- 13 Ebd.
- 14 Jydske Tidende vom 28.3.1933, S. 3.
- 15 Modersmaalet vom 28.3.1933, S. 2.
- 16 Jydske Tidende vom 28.3.1933, S. 3.
- 17 Fink, Troels, Geschichte des schleswigschen Grenzlandes, Kopenhagen 1958, S. 266.
- 18 Hejmdal vom 6.4.1933, S. 1.
- 19 Jydske Tidende vom 7.4.1933, S. 1.
- 20 Modersmaalet vom 6.4.1933, S. 3.
- 21 Nordschleswigsche Tageszeitung vom 8.4.1933, S. 1.
- 22 Ebd.
- 23 Tägil, S. 34ff.
- 24 Hejmdal vom 11.4.1933, S. 3.
- 25 Jydske Tidende vom 15.4.1933, S. 1.
- 26 Nordschleswigsche Tageszeitung vom 12.4.1933, S. 1.
- 27 Nordschleswigsche Tageszeitung vom 22.4.1933, S. 1.
- 28 Ebd.
- 29 Lenzing, Hilke, Die deutsche Volksgruppe in Dänemark und das nationalsozialistische Deutschland (1933-1939). Ein Beitrag zur Problematik deutscher Volksgruppen während des Dritten Reiches, Masch. Diss. 1970, Bonn 1973. S. 44f.
- 30 Nordschleswigsche Tageszeitung vom 19.6.1933, S. 2.
- 31 Ebd.
- 32 Jydske Tidende vom 20.6.1933, S. 2.
- 33 Ebd.
- 34 Modersmaalet vom 19.6.1933, S. 3.
- 35 So schürte man in einem Artikel die Angst vor gewaltsamen nationalsozialistischen Übergriffen, ohne ernsthafte Hinweise darauf gehabt zu haben. Hejmdal vom 12.6.1933, S. 7.
- 36 Fink, S. 271 f.
Zum Gesamtkomplex „Ostersturm“ sei auf den Quellenband von Peter Hopp und Carsten Mogensen verwiesen: Hopp, Peter/ Mogensen, Carsten (Hrsg.), Ostersturm/ Páskeblæsten 1933. Quellen zur Geschichte der deutsch-dänischen Grenzregion II, Flensburg 1983.

Die Grenzverbände und die „neuen“ Minderheiten - Herausforderungen und Chancen

von ROLF FISCHER

Zu den besonderen Herausforderungen für die Zukunft gehört in weiten Teilen Europas die Integration der „neuen Minderheiten“. Im Folgenden skizziert MdL Rolf Fischer, Vorsitzender des Europaausschusses des schleswig-holsteinischen Landtages, welchen wichtigen Beitrag die Grenzverbände aus ihren Erfahrungen heraus zur Bewältigung dieser Aufgabe leisten können. Fischer konkretisiert seine konzeptionellen Überlegungen, die er bereits im Jahre 2000 als Vorstandsmitglied des Grenzfriedensbundes publiziert hat (GFH1/2000, S. 55 ff.) Der vorliegende Aufsatz ist eine nur unwesentlich veränderte Version des Vortrags, den Rolf Fischer zur Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig (ADS) am 24. Mai 2004 in Flensburg gehalten hat.

Die Redaktion

I. Die neue Notwendigkeit der Grenzverbände

Die Aufgaben der Grenzverbände haben sich in den letzten Jahren gewandelt. Die Dialogbereitschaft unter den Grenzverbänden ist gewachsen und das gemeinsame Auftreten nach außen wurde intensiviert. So bin ich von Landtags-Kollegen lange nach der Präsentation der vier Grenzverbände im Landeshaus auf diese Veranstaltung angesprochen worden; es besteht also ein Informationsbedarf, den wir auch weiterhin abdecken müssen. Die gemeinsame umfassende Darstellung unserer Arbeit und unserer Ziele war aus diesem Grunde besonders wichtig für uns. Und letztlich: Auch die Lektüre der Minderheitenberichte, mit hoher Auflage und schnell vergriffen, dokumentiert eindrucksvoll, wie sich die Arbeit der Grenzverbände verändert hat, differenzierter und bunter geworden ist. Sie sind von Interessenverbänden, deren Ziel es war, das schwierige deutsch-dänische Neben- und Miteinander im Grenzland der Nachkriegszeit zu gestalten, zu modernen Institutionen geworden, deren Kompetenzen heute weit über die historische Ursprungsidee hinausgehen. Ich betone dies besonders, weil ich der Auffassung, dass die Grenzverbände ihre Ziele eigentlich erreicht hätten und deshalb verzichtbar seien, ausdrücklich widersprechen möchte. Wer dies äußert, der unterschätzt die aktuelle Arbeit der Verbände; der unterschätzt aber noch mehr ihre zukünftige Bedeutung.

Fazit: Unsere deutsch-dänische Grenzregion wird eher die Kooperation erhöhen müssen, als Akteure abzubauen. Dies sei allen gesagt, die meinen, auf die Leistung und Erfahrung der Grenzverbände verzichten zu können. Gerade nach der anstehenden Kommunalreform in Dänemark müssen im Grenzland neue Anstrengungen zur Attraktivitätssteigerung unternommen werden. Die Grenzverbände haben heute eine doppelte Funktion: Sie sind jeder für sich, auf ihre ganz besondere Art und Weise Impulsgeber und Interpreten der Grenzregionsentwicklung; sie kennen die Geschichte und die Sensibilitäten im Lande und wissen, was in unserer Region möglich ist und was sie benötigen wird.

II. Die Konkurrenz der Regionen

Wenn es stimmt, dass wir im zukünftigen Europa eine Konkurrenz der Grenzregionen bekommen werden, dann werden diese Regionen alle ihre Kräfte einsetzen, um im Wettbewerb bestehen zu können. Das gilt für die ökonomischen Rahmenbedingungen; das gilt aber auch für die sozialen und kulturellen Belange, denn es ist längst eine Binsenweisheit, dass diese drei Bereiche eng Zusammenhängen. Einen erfolgreichen und zukunftsorientierten grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt kann und wird es nur geben, wenn auch die Lebensbedingungen für die Menschen stimmen, für die Familien heißt dies z.B.: soziale oder pädagogische Betreuung mit flexiblen Öffnungszeiten oder die Förderung und Ausweitung von Sprachkenntnissen. Wer dies, wie die ADS, aus einem grenzlandpolitischen Auftrag heraus leistet, versehen mit den historischen Erfahrungen, die unsere Grenzregion eben von anderen Regionen in Schleswig-Holstein unterscheidet, der ist nicht mit einem „normalen“ Sozialverband gleichzusetzen. Da geht es eben auch um die Wahrung der eigenen Identität, der eigenen Kultur, die wir schützen und fördern müssen, wenn wir uns selbstbewusst anderen Kulturen öffnen wollen. Deshalb ist auch die gewachsene Aufgabenteilung unter den Grenzverbänden notwendig und sinnvoll: Es ist das große Verdienst der ADS, sehr frühzeitig das Prinzip der Mehrsprachigkeit thematisiert und konzeptionell einbezogen zu haben. Damit können wir der Konkurrenz der Grenzregionen im neuen Europa selbstbewusst und offensiv begegnen. Das leisten eben nur die Grenzverbände und ihre Einrichtungen!

III. Die „neuen“ Minderheiten

Wenn ich in Langholz bei Waabs spazieren gehe, so komme ich immer am ADS-Haus vorbei und höre Sprachen aus fast aller Welt; da spricht eine Gruppe bayrisch, die nächste pfälzisch, die anderen englisch oder - und das ist ein besonderes Projekt-französisch. Da ich dort häufiger bin, höre ich auch das Lob dieser Arbeit direkt aus dem Mund der Kinder und Jugendlichen und darf dieses sehr

ehrliche Lob an die ADS weitergeben.

Unsere Gesellschaft ist bunter geworden, und gerade im Grenzland, wo wir uns an das Vorhandensein mehrerer Kulturen und Sprachen gewöhnt haben, empfinden wir Veränderungen, die in diese Richtung gehen, besonders deutlich und sensibel. Aber es geht nicht nur um Philosophie, es geht auch um konkrete Angebote und Planungen. Deshalb ist es richtig, dass die ADS in ihrer Jugendarbeit auch Kinder mit „Migrationshintergrund“ betreut und darauf auch besonders verweist. Denn die ADS geht als Grenzverband an diese Frage aus den von mir geschilderten Gründen eben anders heran. Und diese „andere“ Herangehensweise ist ein besonderer Vorteil, den es zu erkennen gilt.

„Migrationshintergrund“ - ein sehr technischer Begriff für eine sehr schwierige menschliche Situation. Diese Kinder sind mit ihren Gefühlen oftmals zwischen ihren Welten zerrissen und spüren umso stärker, wie wichtig die Herausbildung einer eigenen Identität ist. Der Umstand, dass diese in den letzten 40 Jahren zugewanderten Gruppen und ihre Nachkommen ein nicht mehr wegzudenkender Bestandteil der deutschen Bevölkerung sind, führte automatisch zur Frage, ob nicht für einige dieser Gruppen auch der Minderheitenstatus infrage komme. In der Minderheitenpolitik sprechen wir bezogen auf diese Menschen seit einiger Zeit von den sog. „neuen Minderheiten“. Die traditionellen sind die uns bekannten wie Dänen, Sorben, Friesen sowie deutsche Sinti und Roma.

„Neue Minderheiten“ sind Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund, die eine eigene, sich von der Mehrheitskultur unterscheidende Kultur bewahren wollen. Dazu kommt, dass diese Gruppen selbst ihre Sprache, ihre Kultur und Geschichte hier pflegen wollen - nicht als Ausdruck einer Gegenwelt zur deutschen Bevölkerung, sondern als Teil der deutschen Welt ebenso wie Dänen oder Friesen. Nun können nicht alle anderen Kulturen, die in der Bundesrepublik leben, das Merkmal der „Minderheit“ für sich in Anspruch nehmen. Das würde den Minderheitenbegriff sprengen. Nicht jeder Mensch aus Birma oder Australien ist gleich ein Angehöriger einer „neuen Minderheit“. Es muss also Kriterien geben, die diese Zugehörigkeit definieren.

„Nationale Minderheiten“ - traditionelle und neue - sind nur diejenigen Bevölkerungsgruppen, welche die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, sich aber durch ihre ethnischen Eigenheiten unterscheiden. Zweitens müssen sie sich selbst als Minderheit definieren; d.h. es muss in der Gruppe ein entsprechendes Selbstverständnis als Minderheit entwickelt sein. Und sie müssen drittens eine Organisation aufbauen, die politisch repräsentativ agieren kann und die Haltung ihrer Mitglieder nach außen widerspiegelt und demokratisch vertritt.

Diese Kriterien gelten heute insbesondere für die polnischstämmigen Menschen, die sich in Kulturverbänden zusammenschließen und ihre Traditionen pflegen, und für die Menschen aus der Türkei, die hier nun schon in mehreren Generationen leben. In beiden Gruppen kommt dies z.B. in dem Wunsch zum Ausdruck,

neben der Muttersprache Deutsch und der Fremdsprache Englisch auch die eigentliche „Heimatsprache“ zu lernen, damit die Bande in die Herkunftsländer nicht abreißen. In Schleswig-Holstein haben sich die polnischen Gruppen in Kiel, Lübeck oder auch in einer aktiven Gruppe in Schleswig organisiert. Eine Reihe türkischer Gruppen hat sich in der TGSH, der Türkischen Gemeinde Schleswig-Holstein, zusammengeschlossen und initiieren eine ganze Reihe von integrativen Maßnahmen von Jobvermittlung über Deutsch-Kurse bis zu Kulturveranstaltungen.

Wichtig ist, dass sich die TGSH eine Satzung gegeben hat, die klar aufzeigt, in welche Richtung der Weg gehen wird: Die türkischen Menschen sind oder werden deutsche Staatsbürger, sie sind loyal und empfinden sich in der überwiegenden Zahl als Deutsche. Wie die Dänen oder Friesen möchten sie ihre Sprache, Religion oder Kultur bewahren und fördern, die sie als identitätsstiftend ansehen. So wird der Wunsch nach Unterricht oder Religionsausübung geäußert, der sich aber im Rahmen der geltenden Gesetze bewegen soll.

Auf den ersten Blick und unter Vernachlässigung der besonderen Landesgeschichte könnte man durchaus Parallelen zur Situation der dänischen oder friesischen Minderheit ziehen.

Doch während die traditionellen Minderheiten weitgehend als integriert empfunden werden und ihr Eigensein sogar besonders betonen müssen, so werden die Mitglieder der „neuen“ Minderheiten vielfach als „Fremde“ angesehen.

Sie sind anwesend, aber nicht zugehörig. Wir wissen, dass die Frage der Integration der neuen Minderheiten - auch als minderheitenpolitische Aufgabe – beantwortet werden muss. Längst haben wir uns an die türkisch-stämmigen Fußballspieler gewöhnt, die schon heute Mehmet Scholl und in naher Zukunft vielleicht Helmut Üzkür heißen werden - und deren sprachliches Erkennungszeichen der Ruhrgebiets- oder Berliner Dialekt ist. Würde man ein solches Interview im Radio hören, wäre die Integration gelungen.

Die Einbürgerung ist unbestritten ein wirksames Mittel der Integration; sie ist mit Rechten und Pflichten verbunden, die allerdings auch einen wichtigen Punkt deutlich machen: Die Menschen haben das Recht, ihre besondere Kultur und Identität zu pflegen und zu bewahren. Das ist der Integrationsauftrag des Grundgesetzes, den wir erfüllen müssen. Verfassungstheorie und Verfassungswirklichkeit fallen aber auseinander und es wird noch längere Zeit dauern, bis die „neuen“ Minderheiten einen den traditionellen Minderheiten vergleichbaren Status erlangen werden. Aber es ist - meiner Meinung nach - nur mehr eine Frage des „Wann“, nicht mehr des „Ob“. Darauf haben wir uns einzustellen; und wenn wir klug sind, tun wir dies frühzeitig genug.

IV. Die besondere Erfahrung

Da wie festgestellt in Grenzregionen diese Prozesse besonders sensibel beobachtet werden, richtet sich in diesem Punkt die Aufmerksamkeit automatisch auf die Akteure, die entsprechende Erfahrungen und das Know-how einbringen können. Und wenn dies in mancher Amtsstube nicht auffällt, dann müssen sich diejenigen

eben selbst zu Wort melden! An dieser Stelle erwächst den Grenzverbänden, und insbesondere der ADS, eine besondere Bedeutung zu.

Die Erfahrungen, die die ADS mit dem Thema „Aufwachsen in einer Grenzregion“, mit Mehrsprachigkeit und kultureller Vielfalt in ihren Einrichtungen und mit konzeptioneller und theoretischer Arbeit gemacht hat und macht, sind wichtige Kompetenzen, die wir innerhalb der von mir beschriebenen Entwicklung insbesondere für die Integration der „neuen“ Minderheiten dringend benötigen.

Die Förderung von kulturellen Begegnungen, von Mehrsprachigkeit und Toleranz, immer basierend auf den besonderen Grenzregionserfahrungen, die uns im nördlichen Landesteil von anderen Regionen unterscheiden - das und noch mehr macht die Differenz und damit den großen Vorteil der ADS zu anderen Einrichtungen aus.

V. Schlussfolgerung

Ich könnte mir vorstellen, dass die vier Grenzverbände, jeder aus seiner historisch gewachsenen Situation heraus, zusammen mit den traditionellen Minderheiten ein solches Konzept mit und für die „neuen“ Minderheiten diskutieren sollten. Das wäre eine Leistung unseres Landesteiles für ganz Schleswig-Holstein. Fragestellungen könnten folgende sein: Wie definiert man die „neuen“ Minderheiten? Wer gehört dazu und wer nicht? Was können wir - durchaus auch grenzüberschreitend angelegt (in Dänemark gibt es ähnliche Fragen!) - tun, damit dieser Prozess verträglich abläuft? Welche besonderen pädagogischen oder sozialen Fragen müssen berücksichtigt werden?

Prognosen sind ja deshalb so schwierig, weil sie mit der Zukunft zu tun haben. Trotzdem wage ich eine Voraussage: Die Grenzverbände werden im Europa der Regionen eine wichtige Stimme in Schleswig-Holstein sein. Ihre Erfahrung und ihr Wissen sind nicht anderswo abzurufen und sie werden vor dem Hintergrund der europäischen Entwicklung eine Vielzahl von neuen Aufgaben erhalten. Das Leben in der Grenzregion und im nördlichen Landesteil ist auch weiterhin durch Veränderungen geprägt; es gibt keinen Stillstand! Dafür sorgt schon die Konkurrenz mit anderen Regionen, die ja letztlich immer auch eine finanzielle Konkurrenz um notwendige Fördermittel ist.

Für die Grenzverbände in Schleswig-Holstein bedeutet dies, dass sie die Aufgabenvielfalt zwischen den Verbänden erhalten und gleichzeitig enger kooperieren; attraktive Betätigungsfelder entdecken und neue Bevölkerungsgruppen an-

sprechen, aber eben auch Bewährtes bewahren und sich klar zur eigenen besonderen Tradition bekennen.

Das deutsche Kulturerbe in Nordschleswig - vergessen und vernachlässigt?

von PETER DRAGSBO

In der deutschen Tageszeitung „Der Nordschleswiger“ vom 12. März 2004 beschäftigte sich Peter Dragsbo, Leiter des Museums på Sønderborg Sløt, in einem im Ton zwar freundlich gehaltenen, jedoch an Deutlichkeit bemerkenswerten Beitrag über den Umgang mit dem deutschen Kulturerbe im benachbarten Sønderjyllands Amt. Am Beispiel der spannenden schleswig-holsteinischen Architekturgeschichte zwischen 1900 und 1914 zeigt er auf, dass dieses Kapitel aus der gemeinsam Vergangenheit des Grenzlandes allenfalls am Rande interessierte. Während eine Vielzahl herausragender Bauwerke dänischer Architekten aus derzeit des 19. Jahrhunderts in Deutschland als Kulturdenkmäler besonderen Schutz genießen, fordert er nunmehr, dass man sich auch in Dänemark der Bedeutung norddeutschen Heimatschutzes und des Jugendstils bewusster werde und insgesamt der Geschichte des Nachbarn mehr Interesse entgegenbringen möge. Kürzlich erschien dazu auch ein vom Sonderburger Schlossmuseum herausgegebenes Faltblatt, in dem eine Stadtwanderung durch „die dänische Stadt des Jugendstils“ vorgestellt wird.

Die Redaktion

Im Grenzland herrscht heute ein friedliches Zusammenleben zwischen Deutsch und Dänisch - zum Glück! Minderheits- und Mehrheitsbevölkerung arbeiten zusammen, auf unzähligen Gebieten wird über die deutsch-dänische Grenze hinweg kooperiert, und im privaten Bereich werden Sprach-, Gesinnungs- und Kulturgrenzen in solchen Maßen überschritten, wie es früher kaum denkbar gewesen wäre. Wir respektieren auch, dass jeder seine eigene Geschichte und eigene Kultur hat. Aber als Beobachter im Grenzland bekomme ich trotzdem hin und wieder Lust, die Frage zu stellen: Interessieren wir uns genügend für die Kultur der anderen? Oder haben wir im Großen und Ganzen nur unsere eigene im Kopf? Die Frage kam vor allem auf, als wir vor kurzem im Sonderburger Schlossmuseum eine große Sonderausstellung über Pastor Jacobsens Webschule in Scherrebek machten. Im Verlauf unserer Arbeit mit diesem Stück spannender Kunst- und Kulturgeschichte erschien es immer auffallender, dass bislang nur das lokale Museum in Scherrebek dieses Thema aufgenommen hat. In den vergangenen 105 Jahren hat es keine einzige große Ausstellung mit Scherrebek-Teppichen in Dänemark gegeben! Gleichzeitig konnten wir feststellen, dass sich die Mitglieder der deutschen Minderheit aufrichtig über die Initiative freuten, obwohl ich zunächst etwas unsicher war, ob nicht Jacobsens in mancher Beziehung

problematischer Einsatz für das Deutsche seine bleibende Leistung überschattet hat. Zurzeit beschäftige ich mich mit der spannenden schleswig-holsteinischen Architekturgeschichte aus der Zeit von 1900 bis 1914 in Nordschleswig, der Entwicklung vom Jugendstil zum „Heimatschutz“- oder „Hjemstavns“-Stil. Diese Entwicklung ist südlich der Grenze bereits seit 20 Jahren exakt beschrieben worden. Nördlich der Grenze haben wir erst jetzt im Frühjahr das Thema erstmals ausführlich behandelt, und zwar in einer Ausgabe der „Sonderjysk Månedsskrift“. Zusätzlich haben wir kürzlich einen kleinen Stadtführer über Sonderburg als Dänemarks einzige Jugendstil-Stadt herausgegeben. Als solche entwickelte Sonderburg sich durch den Bauboom nach Gründung der Marinestation 1906.

Ein weiteres versäumtes Thema

Kurz gesagt: Sind wir, auch wenn Kultur und Geschichte nicht mehr für den alten nationalen Kampf gebraucht und missbraucht werden, immer noch auf dem Auge blind, das sich zur anderen Seite richtet? Ich wage es zu behaupten, dass es auf dänischer Seite am schlimmsten ist.

Nehmen wir zum Beispiel die Bautradition und Architektur, die die „anderen“ geschaffen haben, so steht eine Reihe Bauwerke und Kulturmonumente südlich der Grenze unter Denkmalschutz, und das obwohl sie vom dänischen Staat geschaffen wurden: Von den Eiderkanal-Speichern in Tønning, Rendsburg und Holtenau aus den 1780ern über C.F. Hansens Villen entlang der Altonaer Elbchaussee bis hin zu den Werken von G. Bindsboll und L.A. Winstrup aus den 1850ern in Flensburg. Zwar herrschte vor zehn bis 15 Jahren auf dänischer Seite berechtigte Sorge über den weiteren Erhalt von Bindsbolls Hauptwerk, der Villa „Sollie“ an der Bauer Landstraße 15a in Flensburg. Aber es steht heute immer noch - und zwar unter deutschem Denkmalschutz.

In Nordschleswig haben wir nur ein öffentliches, unter Denkmalschutz stehendes Bauwerk aus preußischer Zeit (1864 bis 1920) - nämlich die frühere Landwirtschaftsschule in Tondern, gebaut im „Heimatschutz“-Stil vom lokalen Architekten Lauritz Thaysen im Zeitraum 1911 bis 1912. Erst im vergangenen Jahr wurde es unter Denkmalschutz gestellt. Ansonsten sieht es milde gesprochen schlecht aus. In Dänemark stehen einige alte Bahnhöfe unter Denkmalschutz, in Nordschleswig aber kein einziger aus deutscher Zeit, und viele wurden abgerissen. Dabei haben wir vor allem mit den erhaltenen Gebäuden der früheren schmalspurigen Kleinbahnen ein einzigartiges Kulturmilieu.

Eine Anzahl auch selbst neuerer Schulgebäude steht in Dänemark unter Denkmalschutz - in Nordschleswig aber kein einziges aus deutscher Zeit. Dabei gibt es viele schöne und gut erhaltene Bauwerke dieser Art, namentlich unter den so genannten „Dryander“-Schulbauten von 1908 im damaligen Kreis Hadersleben. Eben südlich der Grenze steht der frühere Marinestützpunkt in Mürwik unter Denkmalschutz und wird zur Zeit gründlich restauriert - aber das sowohl architektonisch als auch

nationalhistorisch interessante aus Marinestation und Offiziersviertel bestehende Ensemble in Sonderburg (Architekt A. Eugen Fink 1906 bis 1910) steht weder unter Denkmalschutz noch ist es vom Lokalplan über bewahrungswürdige Bauten erfasst. Besonders auffallend ist das fehlende Interesse für Bauten aus den Jahren um 1910, obwohl wir hier in Nordschleswig einige der besten Beispiele für den neuen „Heimatschutz“-Stil im ganzen alten Schleswig-Holstein haben. Das Hauptwerk, das Amtshaus auf der Schiffsbrücke in Tondern, das den Anstoß für Norddeutschlands erfolgreichsten Baukulturverein „Baupflege Tondern“ gab, von den Architekten Paulus, Dinklage und Lilloe 1907 errichtet, steht schön erhalten im Amt Nordschleswig - aber nicht unter Denkmalschutz. Im folgenden Jahr bauten dieselben Architekten gemeinsam die erste deutsche Volkshochschule Nordschleswigs in Tingleff. Das Gebäude, das heute vom Bereitschaftsdienst genutzt wird, ist sowohl von innen wie von außen schön erhalten - aber nur wenige dürften wissen, dass es sich dabei um ein weiteres Hauptwerk norddeutscher Architekturgeschichte handelt. Gleiches gilt für weitere öffentliche Bauten im Landesteil - zum Beispiel das Kreishaus in Apenrade (von Fr. Wilh. Jablonowsky 1902, heute Staatsamt und gut erhalten), das Ensemble am Kongevej in Sonderburg bestehend aus Reichsbank, Gerichtsgebäude und Staatsschule (1908 bis 1911), das alte Hadersiebener Museum (1914) mit interessanten Wandmalereien von August Wilckens usw. Nicht zu vergessen sind die vielen bemerkenswerten Privatbauten wie zum Beispiel die „Schlösser“ von Ultang (auf dem Ness) und Buschmoos (bei Rinckenis), die Villen am Aastrupvej in Hadersleben oder Kongevej in Sonderburg, Schiffsreeder Jepsens Villa auf Lensnack (bei Apenrade) (von Werkbundarchitekt Anton Huber aus Flensburg, 1910) und viele andere.

Bemerkenswert ist ebenfalls, dass auch die dänische Architekturgeschichte in Nordschleswig vor 1920 nicht vom Denkmalschutz umfasst ist - weder Martin Nyrops „Sonderborghus“ noch die Sundewitter Freigemeindekirche, noch die Bauwerke junger Kopenhagener Architekten, die in den Jahren 1907 und 1908 nach Nordschleswig kamen, um wie ihre schleswig-holsteinischen Kollegen Mögeltondern als Vorbild für eine neue nationale dänische Bauart zu entdecken, darunter zum Beispiel Kai Gottlobs Kaufmannshof in Scherrebek (1909, heute Museum Scherrebek). Vielleicht sind die Kopenhagener Denkmalschutzbehörden nicht nur auf dem deutschen, sondern auch auf dem nordschleswigschen Auge blind.

Gehen wir hinaus in die Landschaft zu Geschichtsdenkmälern und Erinnerungsstätten, so sieht es dort genauso aus. Es weckte Aufsehen, als das Dannewerk, das über viele Jahre unter Schlamm und Gestrüpp danieder lag, erst im Laufe der letzten zehn Jahre richtig freigelegt und restauriert worden ist. Aber auf den Düppeler Schanzen erinnert nicht einmal ein kleiner Stein daran, wo die deutschen Monumente, die 1945 in die Luft gesprengt wurden, gestanden haben. Und die Tatsache, dass Düppel vor allem aus der deutschen Festung „Sonderburg-Düppel“ von 1866 besteht, wird auch nicht eindeutig klar. Eine Ausnahme im fehlenden Interesse an deutschen Kulturdenkmälern bildet die große Arbeit, die zum Erhalt der Monumente des Ersten Weltkrieges

- Sicherungsstellung Nord und die Reste der Zeppelin-Base bei Tondern - getan worden ist. Es sollte mich allerdings nicht wundern, wenn diese besondere Aufmerksamkeit damit zu erklären ist, dass Krieg und Drama eine besondere Anziehungskraft haben.

Augen öffnen für das Kulturerbe im Grenzland

Ich meine natürlich nicht, dass wir zum Beispiel in Nordschleswig das schleswig-holsteinische oder deutsche Kulturerbe im Verhältnis zum dänischen oder dänisch-nord-schleswigschen Kulturerbe überbetonen sollen. Wir sollten nur die Augen öffnen und akzeptieren, dass wir hier im Grenzland ein aus einer Vielzahl von Nationenprojekten, Kulturen und Zeiten bestehendes Kulturerbe haben. Wenn man heute in Deutschland eine Denkmalschutz-Politik verfolgt, die selbst so unangenehme Kulturdenkmäler wie die Stalinallee in Ostberlin oder den NS-Festplatz in Nürnberg umfasst, dann sollten auch wir dazu imstande sein, einen kleinen Bahnhof aus der Köller-Zeit in unser Kulturerbe einzugliedern.

Überhaupt fände ich es wünschenswert, wenn für die Geschichte der „anderen“ etwas mehr Interesse aufgebracht werden würde. Wenn wir mit dem Bus nach Südschleswig fahren, dann besuchen wir in erster Linie dänische Denkmäler in und um Flensburg oder das Dannewerk. Aber warum sieht man nicht auch die schleswig-holsteinische Seite der Geschichte? Wie wäre es mit einer Fahrt zum Scheersberg, zum „Knivsberg-Bismarck“ auf dem Aschberg bei Hütten, zur Idstedt- Halle oder in die Flensburger Jugendstil-Viertel? Ebenso könnten Deutsche aus Schleswig-Holstein zum Beispiel „Skamlingsbanken“, der Randershofer Heimvolkshochschule oder einer früheren dänischen Kleinbauernkolonie einen Besuch abstatten. - Es gilt im Grenzland wie in der ganzen Welt: Erst wenn wir mit Interesse die anderen aufsuchen, ohne uns dabei nur selbst bestätigen zu wollen, haben wir den Sprung aus dem „Ententeich“ geschafft.

Schleswig-Holstein-Tag in Flensburg

Vom 13.-15. August 2004 wurden in Flensburg der Schleswig-Holstein-Tag und die Nautics gefeiert. Rund 450.000 Besucher waren nach Angaben der Medien an diesem Wochenende in Flensburg und nahmen an den Veranstaltungen teil.

Erstmals präsentierten sich die vier Grenzverbände gemeinsam in einem Ausstellungszelt. Neben den individuellen Schautafeln wurden verschiedene Informationsmaterialien vorgehalten und eine Power-Point-Präsentation (Dia-Show) über die vier Grenzverbände gezeigt.

Bei Kaffee, Kuchen und alkoholfreien Mixgetränken kam es mit zahlreichen Besuchern zu interessanten Gesprächen über die Grenzlandarbeit, sogar ein Tourist aus Bayern bemühte sich, Vergleiche mit Bayern, Tschechien und der Situation der Sudetendeutschen zu ziehen.

Erster offizieller Besucher war der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages Heinz Werner Arens, der bereits vormittags, vor der offiziellen Eröffnung des Schleswig-Holstein-Tages, das Informationszelt aufsuchte.

Samstag Nachmittag gab es eine Kurzvorstellung und Diskussionsrunde mit Vertretern der vier Grenzverbände und Landtagsabgeordneten in Begleitung der Minderheitenbeauftragten der Ministerpräsidentin Renate Schnack. Der Vorsitzende des Grenzfriedensbundes, MdL Lothar Hay, erläuterte die Aufgabenfelder der Verbände und stellte dar, dass es klare Abgrenzungen gibt. Er wies auf die heutige Grenzlandarbeit und ihre große Bedeutung hin, berichtete über das von den Grenzverbänden verabschiedete Memorandum mit den „10 Geboten“ (veröffentlicht im GFH 2/04) und über die regelmäßigen Stellungnahmen der Grenzverbände in den Medien (sh.:z, Flensburg Avis) zu aktuellen grenzpolitischen Themen.

Informationsbesuche der SSW-Abgeordneten Silke Hinrichsen und des Hauptvorsitzenden des Bundes Deutscher Nordschleswiger Hans Heinrich Hansen, zusammen mit dem Generalsekretär Peter Iver Johannsen rundeten den Tag ab.

Am Sonntag Vormittag kam die Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein Heide Simonis zusammen mit der Minderheitenbeauftragten Renate Schnack, der Staatssekretärin der Staatskanzlei Ulrike Wulff-Gebhard sowie zahlreichen weiteren politischen Vertretern in das Zelt der Grenzverbände. Nach der offiziellen Begrüßung durch Gerd Christiansen vom Vorstand der ADS berichteten beim Rundgang der Ministerpräsidentin durch die Ausstellung die einzelnen Verbände über ihre Arbeit.

Vertreter der vier Grenzverbände stellten der Ausstellung der dänischen

Minderheit, der Sinti und Roma, der Friesen und natürlich der deutschen Minderheit einen Besuch ab und ließen sich durch die Ausstellungen führen. Auch der Flensburger Stadtpräsident Hans Hermann Laturnus war nachmittags Gast bei den Grenzverbänden.

Insgesamt gab es zum Schleswig-Holstein-Tag viel positive Resonanz zur Arbeit der Grenzverbände. Die gemeinsame Präsentation wurde von den Besuchern als sehr gelungen beurteilt, war es doch so viel einfacher, einen Gesamtüberblick über die Arbeit der Grenzverbände zu erhalten.

Die große, von der ADS vor dem Zelt angebotene Kinder-Spielmeile sorgte für weitere Gäste im Zelt. Hierzu tat sicherlich auch die Saftbar des ADS-Jugendtreffs Speicher ihr Übriges, wo es ausschließlich alkoholfreie Mixgetränke wie den „Schleswig-Holstein-Drink“ kostenlos gab. Auch der vom Jugendhof Scheersberg mit Kindern produzierte Piratenfilm wurde zum besonderen Anziehungspunkt.

Vorstandsmitglieder, Geschäftsführungen und Mitarbeiter waren sich einig, dass sich der große Aufwand in jeder Hinsicht gelohnt hat.

*Ingrid Schumann
Ernst-Peter Rodewald, ADS*

Verdienstkreuz für Dr. Leppien

Am 21. Juni 2004 wurde Herrn Dr. Jörn-Peter Leppien das ihm vom Bundespräsidenten verliehene Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland durch den Staatssekretär im Bildungsministerium Herrn Dr. Körner überreicht.

Dr. Leppien führt seit 1980/81 die Redaktion unserer Grenzfriedenshefte und ist damit hauptverantwortlich für Inhalt und Form unserer Zeitschrift.

Mit der Auszeichnung ist die jahrzehntelange Arbeit von Dr. Leppien angemessen gewürdigt worden. Seinem unermüdlichen Wirken ist es mit zu verdanken, dass auch die regionale Geschichte des Nationalsozialismus aufgearbeitet wurde. Das sichtbare Ergebnis der ehrenamtlichen Arbeit von Dr. Leppien ist u.a. die KZ-Gedenkstätte Ladelund, eine bemerkenswerte Stätte historisch-politischer Bildung in Schleswig-Holstein, die von vielen Menschen besucht wird. Auch die Aufarbeitung und Vermittlung der Geschichte des Bahnhofs von Harrislee als der ersten Station dänischer Häftlinge in deutsche Konzentrationslager wäre ohne den Einsatz von Dr. Leppien nicht möglich gewesen.

Dr. Leppien, der seit vielen Jahren an der Auguste-Viktoria-Schule in Flensburg tätig ist, hat es immer wieder verstanden, Schülerinnen und Schüler für historische Projekte und geschichtlich bedeutungsvolle Ereignisse zu interessieren und zu begeistern, auch über den Unterricht hinaus.

Durch seine guten persönlichen Kontakte nach Dänemark kommen in den Grenzfriedensheften immer wieder auch dänische Historiker zu Wort, was wichtig ist für die Darstellung der Geschichte unseres Grenzlandes aus verschiedenen Betrachtungsweisen. Dabei scheut sich Dr. Leppien auch nicht, kritische Themen in unseren Heften aufzugreifen.

Die hohe Anerkennung, die die Grenzfriedenshefte über den Landesteil Schleswig hinaus finden, ist in erster Linie das Ergebnis des Wirkens von Dr. Leppien.

Der Grenzfriedensbund freut sich über die hohe Auszeichnung, die Dr. Leppien erhalten hat, und wünscht, dass er noch lange maßgeblich in der Redaktion der „Grenzfriedenshefte“ mitwirken kann.

(Eine ausführliche Würdigung der ehrenamtlichen Tätigkeit Dr. Leppiens erschien in dem Grenzfriedensheft Nr. 3/2003, anlässlich seines 60. Geburtstages.)

Lothar Hay

Zwischen zwei Welten

Eindrücke einer indischen Journalistin vom deutsch-dänischen Grenzland

Mahalakshmi Mahadevan, geboren 1979, arbeitet als Redakteurin bei der 14-täglich erscheinenden sozialpolitischen Zeitschrift „Frontline“ in Chennai, Indien. Sie war im Sommer 2003 im Rahmen eines vierwöchigen Fortbildungsseminars für Journalistinnen und Journalisten aus aller Welt in Hamburg. Zur „Sommerakademie“, an der sie dort zusammen mit 22 anderen jungen Berufskollegen teilnahm, hatte das Internationale Institut für Journalismus eingeladen. Unter dem Dach von „inwent“ (Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH) und gefördert aus Mitteln der deutschen Entwicklungszusammenarbeit lernten und diskutierten die Teilnehmerinnen über Pressefreiheit, ethische Grundlagen ihres Berufs und professionelles Handwerkszeug. Drei Tage lang waren sie auf eigene Faust unterwegs, um in Deutschland Geschichten zu recherchieren. „Lakshmi“ Mahadevan hat sich in Flensburg und Husum über das Zusammenleben an der deutsch-dänischen Grenze informiert und dabei auch den Grenzfriedensbund besucht. Ihr Bericht erschien nach ihrer Rückkehr in „Frontline“.

Der englischsprachige Text wurde durch Ulf von Hielmcrone ins Deutsche übersetzt.

Sigrid Thomsen

Wenn man durch das deutsche Grenzland zu Dänemark, Südschleswig, fährt, wird man hin und wieder von einer merkwürdigen Wegemarke begrüßt, es handelt sich um zwei miteinander verbundene schwarze Hörner, eingebettet in einen breiten

Blumenring. Ein Einheimischer könnte einem sagen, dass man sich auf dem alten Ochsenweg befindet, also einer alten Viehstraße. Die Wiederentdeckung dieser alten Landverbindung, über die die skandinavischen Viehherden seit dem Mittelalter ihren Weg in das Deutsche Reich fanden, symbolisiert das neu erweckte historische Interesse im Grenzgebiet Südschleswigs und den Wind der politische Veränderung, der über den europäischen Kontinent weht. Und wo wir gerade den Wechsel der Zeiten ansprechen: Die Grenzen in Europa wurden durch die Einführung des Vertrags von Schengen im Rahmen der EU im Mai 1999 aufgerissen. Das Ergebnis war eine größere Verkehrsfreiheit in Europa, da die Grenzkontrollen an den Grenzen innerhalb der EU abgeschafft wurden. Die leeren Grenzabfertigungsgebäude und stillgelegten Kontrolltürme entlang der dänisch-deutschen Grenze erzählen ihre eigene Geschichte.

Aber die Wechselfälle der Geschichte haben immer wieder zu Veränderungen geführt. Die friedliche Landschaft Südschleswigs hat auch schon rebellischere Zeiten erlebt. Eingeklemmt zwischen der dänischen Grenze im Norden und der Eider im Süden ist Südschleswig seit 1920 die Heimat einer dänischen Minderheit; damals vereinigte eine Volksabstimmung die nördliche Hälfte des Herzogtums Schleswig mit Dänemark, das bis 1864 die Oberherrschaft über dieses Land innegehabt, es aber 1864/67 an Preußen verloren hatte. Nach der Kapitulation Deutschlands im Zweiten Weltkrieg entzündete die Erinnerung an die alten Diskriminierungen und die Verfolgung unter den Nazis das Verlangen nach einer dänischen Heimat. Nach den Worten von Anke Spoorendonk, Vertreterin der Dänischen Minderheit im Landtag von Schleswig-Holstein, entdeckten die Menschen ihre dänischen Wurzeln, womit eine neue Bewegung gegründet wurde. Diese „Wieder-dänisch-Bewegung“ von 1945 erreichte ihren Höhepunkt in der Gründung verschiedener kultureller Organisationen, und – noch bezeichnender – politischer Organisationen, vor allem des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW). Nach Gründung im Jahre 1948 begannen der SSW und seine Schwesterorganisationen eine dänische Gemeinschaft zu schmieden, dadurch, dass sie halfen dänische Schulen oder andere Erziehungseinrichtungen zu gründen, um vor allem die dänische Sprache zu fördern. Dazu sagt Spoorendonk: „Die dänische Minderheit wuchs in den Jahren nach 1945, die Menschen wollten Dänisch lernen und schickten ihre Kinder in dänische Schulen...“

Dennoch blieb die Diskriminierung der dänischen Minderheit im sozialen und politischen Umfeld weit verbreitet. Die Lage änderte sich drastisch nach den Bonn-Kopenhagener-Erklärungen im März 1955, in denen die dänische und deutsche Regierung in zwei getrennten, aber im Inhalt identischen Erklärungen beiden Minderheiten, der deutschen Minderheit in Dänemark und der dänischen in Deutschland, dieselben Rechte zukommen ließen, und zwar in kultureller, erzieherischer und politischer Hinsicht. Über die Jahre hat das dänische

Erziehungssystem Südschleswigs die kleine, aber dicht geknüpfte Gemeinschaft von 50 000 Dänen gut bedient. Heute umfasst der Dänische Schulverein 49 Schulen und 57 Kindergärten.

Die Geschichte der Dänen in Südschleswig ist eine Geschichte des Erfolges, sagt Frau Spoorendonk. Heute haben sie ein Zuhause durch ihre besonderen Rechte als nationale Minderheit. Anders als Minderheiten in anderen Gebieten Europas, müssen die Dänen in Deutschland nicht ihre dänische Identität nachweisen. Um als Däne anerkannt zu werden, braucht man keinen Nachweis dauerhafter Herkunft oder Kenntnisse der Sprache, wie Anke Spoorendonk sagt.

Anti-dänische Gefühle gehören der Vergangenheit an, meint Ulf von Hielmcrone, Mitglied des Landtages und stellvertretender Vorsitzender des Grenzfriedensbundes, einer deutschen Organisation, die sich für Frieden in der Grenzregion einsetzt. Er bringt seine Erfahrung auf folgenden Nenner: „Getrennt leben, zusammen leben und schließlich für einander leben. Wir erreichen einen Zustand, in dem wir uns für einander verantwortlich fühlen.“ Dennoch ist das Bild fern davon, perfekt zu sein. Trotz aller Versöhnung gilt für die Dänen ihre dänische Identität als das allerwichtigste. Außerhalb Deutschlands würde ein Däne aus Südschleswig sich wahrscheinlich als Däne mit deutschem Pass oder als dänischer Süd-Schleswiger bezeichnen, aber niemals als dänischer Deutscher oder noch viel weniger als Deutscher. Die dänische Minderheit sieht ihr Deutschein als nominell an. Die Gegensätze zwischen einem Dänen und einem Deutschen werden unterstrichen: „Der Unterschied ist, wie man miteinander umgeht. Die dänische Gesellschaft ist nicht so hierarchisch wie die deutsche“, sagt Frau Spoorendonk.

In diesem Zusammenhang wird die Möglichkeit einer übergreifenden europäischen Identität problematisch. Bernd Engelbrecht, Pressesprecher des Kulturverbandes der dänischen Minderheit, der Südschleswigschen Vereinigung (SSF), drückt das so aus: „Es gibt keine europäische Identität, und es wird auch nie eine geben.“ Die deutsche Sicht der Dinge ist anders: „Es gibt eine dänische Identität, es gibt eine deutsche Identität und eine europäische Identität. Wir haben dieselben intellektuellen, wissenschaftlichen, geschichtlichen und kulturellen Wurzeln.“ Hinweise darauf gibt es genügend, sogar in der kleinen südschleswigschen Stadt Husum. Am Marktplatz steht die Marienkirche, die der Stadt ihren Stempel aufdrückt. Die Kirche wurde von C. F. Hansen, einem dänischen Architekten des 19. Jahrhunderts, gebaut und ist ein Ehrfurcht hervorrufendes Beispiel für den nordeuropäischen Klassizismus, der seine Quellen hauptsächlich in der römischen und griechischen Architekturtradition hat. Die Abneigung, die dänische Identität als einen harmonischen Bestandteil einer umfassenderen europäischen Identität zu sehen, wurde deutlich, als es darum ging, einen weiteren Schritt zur Friedenssicherung im Grenzgebiet zu

unternehmen. Nach von Hielmcrone gab es erhebliche Opposition auf dänischer Seite dagegen, das Grenzland als „Europa- Region“ zu bezeichnen. Schließlich wurde ein Kompromiss erzielt, in dem man die Region „Sønderjylland-Schleswig“ nannte.

Dieses Unvermögen, wie man es vielleicht bezeichnen könnte, mit verschiedenen Identitäten umzugehen, ist nicht auf dieses kleine Gebiet im Norden Deutschlands beschränkt. Gerade in Zeiten, in denen Europa seine inneren Grenzen abbaut, wächst allgemein die Furcht vor einer Verwässerung der eigenen Identität als Ergebnis fortschreitender europäischer Einigung und eines wachsenden Zustroms von Einwanderern. In Dänemark hat Pia Kjaersgaard, Führerin der rechtsgerichteten Dänischen Volkspartei, auf diesem Instrument gespielt, als sie ausführte, dass eine gemeinsame europäische Währung sehr wahrscheinlich Dänemarks nationale Autorität und Identität auslöschen werde, und zwar zu einer Zeit der Globalisierung und ethnischen Vielfalt. Nach Frau Spoorendonk aber werden in einer globalisierten Welt „nationale Identitäten immer wichtiger“.

Mit dem Wiederaufstehen nationaler Selbstvergewisserung ist die wachsende Last Europas mit dem Problem der Immigration verbunden. In liberalen Kreisen wird das Schengen-System als ein deutlicher Schritt in Richtung auf eine „Festung Europa“ kritisiert. Am 14. Juni 1985 haben Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg und die Niederlande das Abkommen von Schengen – Schengen ist ein Ort in Luxemburg – unterschrieben, das die Abschaffung aller Grenzkontrollen an den gemeinsamen Grenzen vorsieht. Inzwischen umfasst das Übereinkommen 15 europäische Staaten.

Die Einwanderung ist zum Albtraum des neuen Europa geworden ist. Die Sprache hat sich dieser neuen Immigration angepasst, wobei Begriffe wie „neue Minderheiten“ oder „neue Immigranten“ an der Tagesordnung sind. In dänischen politischen Kreisen werden die Immigranten freundlich als „Ny Danskere“ oder „neue Dänen“ bezeichnet.

In Deutschland gibt es Befürchtungen, dass ein Problem im Hinblick auf die wachsende Zahl türkischer Immigranten entstehen könnte. Entsprechend den Zahlen, die das Bundesamt für Statistik im März 2003 herausgegeben hat, beheimatet das Land etwa zwei Millionen Türken. Im Stadtstaat von Hamburg lebten im Dezember 2002 mindestens 74.000 Türken und über 66.000 haben eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis, wie Ulrike Nehls-Golla von der zentralen Einwanderungsbehörde in Hamburg ausführt. Dazu sagt von Hielmcrone: „Man wird sie nicht als Immigranten bezeichnen können. Viele von ihnen sind hier geboren. Hier gibt es ein Problem und wir sind gerade erst dabei, dies zu erkennen.“ Gefragt, ob sich der SSW auch als eine zukünftige Stimme der Türken in Deutschland sieht, da er heute auch für die Rechte anderer „nationaler Minderheiten“ wie der Friesen und der Sinti und Roma eintritt, sagt Frau

Spoorendonk: „Es gibt einen Unterschied zwischen nationalen Minoritäten oder traditionellen Minoritäten und neuen Minoritäten, weil das etwas mit der Einwanderung zu tun hat und damit, was in der Welt passiert.“ Sie legt weiter sorgfältig dar, dass Dänen und Türken nicht auf ein und dieselbe Plattform kommen können. „Wir sehen uns selbst als Mitglied der Gesellschaft, in der wir leben. Wir sind hier keine Gäste. Wir können verstehen, dass sie die Möglichkeit haben wollen, türkisch zu sprechen, aber sie sind von sich aus nach Deutschland gekommen, weil sie die Absicht hatten, hier zu leben. Wir dagegen haben hier schon immer gelebt“, sagt sie. Eine Tatsache wird allerdings üblicherweise in diesem Zusammenhang vergessen, nämlich dass die Türken für das Nachkriegs-Deutschland billige Arbeitskräfte lieferten und mehr als willkommene Aufbauhelfer waren. Am 9. Mai 2003, 45 Jahre nachdem der erste türkische „zeitweilige Gastarbeiter“ nach Deutschland gekommen war, stimmte der Bundestag dem von Gerhard Schröders Mitte-links-Koalition eingebrachten umfassenden Einwanderungsgesetz, trotz massiver Opposition, zu.

Auf dem Weg zu einem „absolut“ geeinten Europa sind also noch Meilensteine zu passieren, die in der Ferne liegen. Aber Europa steht an der Schwelle größerer Integration, und dabei glänzt der Frieden, der an der deutsch-dänischen Grenze erreicht wurde, als ein herausragendes Beispiel für Reife und Weitsicht. Vor allem geht er auf den Geist der Versöhnung im modernen Deutschland zurück.

Heute können Deutsche und Dänen Zusammenarbeiten im Wissen um eine umstrittene Vergangenheit. Und wie Spoorendonk es ausdrückt: „Heute gibt es eine neue Situation, in der man über europäische Integration sprechen kann.“ Früher wurde die dänische Minderheit als ein Botschafter der dänischen Kultur in Deutschland betrachtet. Aber heute „hat sie etwas mit europäischer Integration zu tun, und man kommt zusammen, ohne dass der Status der Minderheit immer eine Rolle spielt“, wie sie sagt. Und auch die dänischen Schulen lehren nicht nur die dänische Lebensart. „Unsere Kinder müssen darauf vorbereitet werden, hier zu leben. Sie müssen wissen, was in der Gesellschaft vor sich geht. Wir leben dazwischen.“

Ist also der Ochsenweg ein Weg, den man beschreiten kann? Vielleicht. Beide, Dänen und Deutsche, stimmen darin überein, dass das Wort „Modell“ nicht das richtige Wort ist. Aber für die unruhigen Grenzgebiete überall in Europa und darüber hinaus zeigt es doch den richtigen Weg.

Mahalakshmi Mahadevan

Clausen: Ohne Wirtschaftsförderung sieht es für Nordschleswig schlecht aus

Danfoss-Direktor Jørgen Mads Clausen hat im Dänischen Rundfunk seine Forderung unterstrichen, dass die künftigen Regionen in einer Strukturreform auch die Aufgaben der Wirtschaftsförderung übernehmen müssen. Aus Sicht seines Industrieunternehmens sei eine regionale Wirtschaftsförderung unverzichtbar, weil sonst Randgebiete wie Nordschleswig durch staatliche Stellen nur ins Abseits geraten würden, sagte Jørgen Mads Clausen.

Danmarks Radio verwies darauf, dass Dansk Industri (DI) durch Direktor Skov Christensen seine volle Unterstützung für die Pläne der Regierung geäußert hatte, den Regionen in einer neuen Strukturreform nur das Gesundheitswesen zu überlassen. Skov Christensen betonte, die Industrie sei daran interessiert, dass es vor allem für die Steuern nur noch zwei öffentliche Ebenen geben soll – Staat und Kommunen. Dieser DI-Linie widersprach indirekt Jørgen Mads Clausen, weil er mehr Zuständigkeit für die Regionen fordert. Ein internationaler Forscher unterstützte die Position von Mads Clausen, weil nach wissenschaftlichen Erkenntnissen gerade in der künftigen Wissensgesellschaft die Regionen in Europa eine größere Rolle spielen werden.

Der Nordschleswiger, 3.6.2004

Sieg und kleiner Durchbruch für deutsch-dänische Grenzregion: Dänischunterricht für deutsche Mitarbeiter nun mit öffentlicher Lohnerstattung

Als Sieg für das deutsch-dänische Grenzland und die vielen deutschen Pendler und als kleinen Durchbruch für die auf Christiansborg so oft übersehene Region feiern Nordschleswigs LO-Chef Willy Sahl und Amtratsmitglied und Gewerkschaftlerin Grethe Nielsen (Soz.), dass sie zusammen mit Folketingsmitglied Poul Qvist Jørgensen (Soz.) erreicht haben, dass deutsche Mitarbeiter mit kurzem Schulgang in dänischen Firmen zukünftig auch Dänisch-Unterricht bekommen können – wohlgemerkt mit staatlicher Lohnerstattung, die dem Tagegeldsatz entspricht. Das war bisher nicht möglich. Aber Unterrichtsministerin Ulla Tørnæs (Venstre) hat nun mitgeteilt, dass man die Praxis ändern wird, was dann auch heißt, dass deutsche Mitarbeiter sich Sprachkenntnisse aneignen können, um sich hier fortbilden zu können.

„Bisher hat dies ja kaum ein Deutscher gekonnt, weil es eben nicht die Lohnerstattung gab. Diesbezüglich haben sich eine Reihe nordschleswigscher Firmen an uns gewandt. Und die bisherige Praxis war ja auch völlig ungerecht. In einem Grenzland muss doch gleiches Recht für alle gelten“, so Willy Sahl, während Grethe Nielsen meint: „Die neue Praxis gilt für alle EU-Bürger – ist aber besonders wichtig für die deutschen Mitarbeiter in Nordschleswig. Das ist ein Sieg

für das Grenzüberschreitende, und es ist positiv, dass ausnahmsweise das Augenmerk auf unsere Region und nicht auf die Öresundregion gerichtet ist.“
LO will nun auch den Regionalrat informieren, um auf deutscher Seite eine ähnliche Lösung für Dänen zu erwirken.

Der Nordschleswiger, 11.6.2004

Respekt gegenüber den Opfern

Die Pläne zu einer Gedenkfeier am 19. September zur Erinnerung an den 60. Jahrestag des nazideutschen Übergriffs auf die dänische Polizei waren weit gediehen. Die Zeremonie sollte im Fröslee-Lager stattfinden, und im Dienste der guten grenzüberschreitenden Nachbarschaft gab es den Vorschlag, dass auch deutsche Polizisten in Uniform dabei sein sollten. Als eine Art Zeichen für die endgültige Versöhnung. Dieses Missverständnis ist nun zum Glück ausgeräumt worden. Deutsche Uniformen haben gerade an diesem Tag nichts im Lager zu suchen.

Die Geschichte des Fröslee-Lagers ist dramatisch. Als es errichtet wurde, hofften die Dänen, dass Gefangene unter der deutschen Besetzung in dieses Lager hätten kommen sollen, um nicht in den im höchsten Maße lebensgefährlichen Konzentrationslagern weiter südlich zu enden. Die meisten hatten Glück im Unglück und durften bleiben. Viele andere wurden dennoch zu den Gaskammern geschickt, und längst nicht alle kamen wieder nach Hause.

Nach dem Ende der Besetzung wurde die Stätte in Faarhus-Lager umbenannt, und jetzt waren es unter anderem die Vertreter der deutschen Minderheit, die von den Dänen eingesperrt wurden. Später war es als „Pattburg-Lager“ Kaserne, und heute ist das Fröslee-Lager Museum und Nachschule.

Der Gebrauch eines nationalen Gedenktages zur großen Verbrüderung ist der Ausdruck von mangelndem Respekt gegenüber denjenigen, die für das deutsche Verbrechen mit Schmerzen oder dem Leben bezahlten. Die Zeit ist einfach noch nicht dran. Und im übrigen sind wir schon versöhnt.

Kommentar von Poul-Erik Thomsen, in: Jydske Vestkysten, 23.6.2004

Eine Keller voller Dänentum in der Kaserne

Einst verlief die südliche Grenze des Reichs an der Eider. Mehrere Male versuchte man, sie wieder zu beleben. Doch heute hat auch der letzte Verein, der dafür eintrat, dieses Ziel aufgegeben.

Es ist ein Ort voller Symbolik, an dem „Sydslesvigsk Udvalg af 5. maj 1945“ seinen

Sitz hat. Und am gleichen Ort sitzt die Redaktion der Zeitschrift „Slesvigeren“, des Organs des Soldatenvereins des Slesvigske Fodregiment – im Keller unter der Hadersiebener Kaserne. Hier ist alles reich mit militärgeschichtlichen Gegenständen und Karten des alten Dänemarks von vor 1864 geschmückt. Die Kaserne wurde von den Deutschen gebaut, nachdem Dänemark Schleswig-Holstein 1864 verloren hatte. Den Verlust Holsteins konnten die meisten verkraften, doch die Frage der Zugehörigkeit Schlesiws blieb eine offene Wunde. Erst 2002 erhielt der gerade neu gewählte Vorsitzende Helge Moosmann Unterstützung, um den Zielsetzungsparagrafen zu ändern, so dass man nicht länger für ein Dänemark bis zur Eider eintrat. „Wir sind ein Wohltätigkeitsverein für Südschleswig, kein politischer Verein. Das war er natürlich einmal. Wären wir heute politisch, könnte Graf Ingolf von Rosenberg als Mitglied des Königshauses nicht unser Schirmherr sein“, erklärt Helge Moosmann.

„Doch wir bekennen uns dazu, dass Südschleswig weiterhin dänisch ist“, fügt er hinzu. Für Helge Moosmann besteht kein Zweifel daran, dass es große Unterschiede zwischen der dänischen Minderheit in Südschleswig und der deutschen Minderheit in Nordschleswig gibt: „Wenn man sich in Südschleswig mit der dänischen Flagge bewegen kann, liegt das ja daran, dass der Dannebrog da unten ja schon immer geweht hat. Man sieht hier oben ja keine Deutschen mit ihrer Flagge herumgehen.“ Obwohl er einig damit ist, dass den Minderheiten die gleichen Rechte zustehen, kann er doch nicht umhin, manchmal mit dem Kopf zu schütteln: „Persönlich betrachte ich es als eine Torheit, dass wir hier auf den Rathäusern Dienstleistungen auf Deutsch bieten sollen. Ich weiß nicht, wieso das nötig sein soll. Die Heimdeutschen sprechen im Alltag ja Synnejsk, und das ist ein dänischer Dialekt. Also verstehen sie es doch ohnehin“, stellt Helge Moosmann in Bezug auf den Sprachenpakt der EU fest [...]

Doch die Arbeit des Vereins ist nicht mehr politischer Natur. Heute werden Zeit und Mittel für junge dänische Südschleswiger aufgewendet, die sich weiterbilden wollen. Die Mittel kommen aus den fünf Fonden, über die der Verein verfügt. Die Ehefrau des Schirmherrn, Gräfin Sussie, eine Juristin, hat die Fonde gerade neu geordnet, so dass sie zu zweien zusammengefasst sind. Gemeinsam verfügen sie über 1,9 Millionen Kronen. Hinzu kommt das Eigenkapital des Vereins von einer Million Kronen. „40 Prozent unserer Mittel gehen an junge Leute zwischen Dannewerk und Eider“, bestätigt Helge Moosmann die ungebrochene Unterstützung für die südlichsten Dänen.

Doch mehrere Vereine arbeiten für das Gleiche. Und sie sind alle größer und haben heute keine politischen Widersprüche mehr untereinander. „Wir könnten heute gut ein gemeinsamer Verein sein. Aber wir haben alle unser eigenes Profil. Vereinheitlichung führt oft zu Kulturverlust. Aber heute sprechen wir gut miteinander, und wir treffen uns zu den gleichen Gelegenheiten in Südschleswig“,

sagt Helge Moosmann.

Jydske Vestkysten, 20.7.2004

In einer Sommer-Serie unter dem Titel „Faszinierendes Grenzland“ stellte die süddänische Regionalzeitung verschiedene Persönlichkeiten des Grenzlandes vor. Dabei werden verschiedene Facetten des Grenzlandes und des deutsch-dänischen Neben- und Miteinanders vorgestellt. Der hier ausgewählte Beitrag ist leider ein Beispiel dafür, wie auch heute noch sowohl durch einzelne rückwärts gewandte grenzpolitische Aktivisten als auch durch geschichtsunkundige Journalisten die Geschichte des Grenzlandes verdreht werden kann. Die beiden beigefügten „Fakten“-Blöcke glänzen ebenso durch Auslassungen, Verzerrungen und Sachfehler wie der hier wiedergegebene Hauptartikel und der folgende zugehörige Beitrag.

Die Eider-Grenze ist ein vergessener Traum

Heute gibt es keine Vereine mehr, die sich für eine Rückversetzung der Grenze zur Eider einsetzen. Die beiden letzten gaben dieses Ziel vor zwei bzw. fünf Jahren auf. Die Vorstellung von einem Dänemark bis zur Eider, die Schleswig von Holstein trennt, tauchte im 19. Jahrhundert mit dem Nationalstaatsgedanken auf. Schleswig- Holstein gehörte zu Dänemark, aber Schleswig war zumeist dänisch, während Holstein deutsch war. Also war es natürlich, Schleswig enger mit Dänemark zu verknüpfen. Doch so sollte es nicht kommen.

Seither ist der Gedanke an eine Grenze entlang der Eider mehrfach aufgekommen. Doch heute ist er im Großen und Ganzen gestorben. „Es kann gut sein, dass 4-5 Personen in meinem Verein oder irgendwo in Südschleswig sitzen und sich eine neue Grenze wünschen. Doch das weiß ich nicht und wir merken nichts dergleichen“, sagt Helge Moosmann, der Vorsitzende von „Sydslesvigsk Udvalg af 5. maj 1945“, das diese Idee erst vor zwei Jahren offiziell verwarf.

Auch in der Slesvig-Liga, die bis vor fünf Jahren ebenfalls offiziell für die Eidergrenze eintrat, kennt man heute keine Anhänger einer Grenzrevision: „Es bestehen jetzt nicht gerade große Chancen für ein Dänemark bis zur Eider. Ich kenne keine Vereinigungen, die sich dafür einsetzen“, sagt der Vorsitzende Flemming Radsted Madsen.

Im größten dänischen Grenzverband ist die Frage schon seit langem nicht mehr aktuell: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass heute noch jemand eine Grenzänderung in seinem Programm hat“, bestätigt Knud-Erik Therkelsen, der Generalsekretär von Grænseforeningene.

[Anm.: Der vierte dänische Grenzverein, Slesvigsk Samfund, wird hier nicht erwähnt, weil er nie politische Arbeit geleistet hat, sondern in erster Linie dänisch-südschleswigsche Schulen bezuschusst.]

Landtag unterstützt Dannewerk

Der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) schlug gestern im Landtag vor, dafür zu arbeiten, dass die Verteidigungsanlage Dannewerk als Teil des Weltkulturerbes anerkannt wird. Nordeuropas größtes archäologisches Denkmal soll bei der UNESCO angemeldet werden. Dies setzt mehrjährige Planungen voraus, und deshalb ist der SSW der Ansicht, dass man keine Zeit verlieren sollte. Caroline Schwarz (CDU) teilte die Begeisterung für den SSW- Vorschlag und wies darauf hin, dass die Ernennung der Lübecker Altstadt zum Weltkulturerbe zahlreiche Touristen zum Besuch in der Stadt Christians des Vierten angeregt habe. Sie warf dem Landtag vor, wichtige kulturelle Angelegenheiten immer erst zu später Stunde zu diskutieren – und als letzten Tagesordnungspunkt.

„Der Vorschlag kann sicherlich nicht umgehend oder in den nächsten Jahren umgesetzt werden, aber vielleicht in zehn Jahren“, sagte Caroline Schwarz und schloss mit den Worten: „Danke, Anke, für deinen Vorschlag!“ Kultusministerin Ute Erdsiek-Rave (SPD) machte darauf aufmerksam, dass die Anmeldefrist 2010 ausläuft. Sie sieht eine ausgezeichnete Möglichkeit, um die Aufmerksamkeit für das gemeinsame Kulturerbe zu schärfen. Der Kulturausschuss soll nun den Vorschlag behandeln, der dann über den Schreibtisch des Kultursekretariats des Bundes gehen muss, um in die Realität umgesetzt werden zu können.

Flensburg Avis, 26.8.2004

Auf der UNESCO-Liste des Welterbes stehen zur Zeit 30 Stätten in Deutschland und drei in Dänemark, als nächstgelegene die erwähnte Altstadt von Lübeck und das alte Jelling mit Kirche, Runensteinen und Grabhügeln. Als weitere regionale Kandidaten für die UNESCO-Liste sind der Nationalpark Wattenmeer und der historische Kern der Herrnhuter-Siedlung Christiansfeld bereits im Gespräch gewesen - allerdings noch nicht Christians des Vierten „Städte- Meisterstück“ Glückstadt, das die Verfasserin dieses Artikels aus unerfindlichen Gründen mit Lübeck verwechselt.

WEITERE SCHLAGZEILEN AUS DEM GRENZLAND

Regionskontor wird Untermieter der Brummi-Zunft

Flensburger Tageblatt, 25.5.2004

Das Regionskontor der Region Sønderjylland/Slesvig befindet sich seit Juli nicht mehr in Bau, sondern in einem neuen „Transport-Center“ unweit der Autobahn.

Klinik Damp baut das Krankenhaus Tondern aus

Flensburger Tageblatt, 2.6.2004

Das durch die Politik der Zusammenfassung von Krankenhäusern seit 2003 in Abwicklung befindliche Krankenhaus in Tondern bleibt als Standort unter anderem deshalb erhalten, weil das Klinikum in Damp hier eine Filiale einrichtet und ausbaut. Der Schwerpunkt liegt auf der Orthopädie.

Europarat kritisiert Dänemark

Der Nordschleswiger, 11.6.2004

Der Ministerausschuss des Europarats fordert das Königreich auf, gemäß der Sprachcharta mehr für die Anliegen der deutschen Minderheit in Nordschleswig zu tun und sie stärker als bisher in Verwaltung, Justiz und Medien zu berücksichtigen.

Neue Schilder jeweils passend zur Finanzlage

Flensburg Avis, 16.6.2004

Zweisprachige Schilder sollen in Flensburg schrittweise eingeführt werden, und zwar in der Regel bei ohnehin anstehenden Erneuerungen einzelner Schilder. Bei Neuaufstellungen muss die Finanzierung gesichert sein.

Abiturienten-Rede stößt auf Kritik

Jydske Vestkysten, 16.6.2004

Die zweisprachig gehaltene Rede zweier Abiturienten bei ihrer Entlassungsfeier an Duborg-Skolen wurde zum Auslöser einer teilweise heftigen Sprachdebatte innerhalb der dänischen Minderheit und namentlich in den Feuilletons und Leserbriefspalten von Flensburg Avis.

Globalisierung stört grenzüberschreitende Projekte

Flensburg Avis, 16.6.2004

Die Initiatoren des „Danish-German Business Event“, unter dessen Dach ein Forum für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch zwischen Fünen und Nordschleswig auf der einen und Südschleswig und der „K.E.R.N.“-Region auf der anderen Seite geschaffen werden sollte, zeigen sich von der bisherigen Resonanz eher enttäuscht. Selbst kleinere Betriebe dächten demnach oftmals eher in größeren internationalen Bahnen als an die nähere Umgebung.

Brücke zwischen zwei Ländern

Der Nordschleswiger, 22.6.2004

Finanziert aus Interreg-III-Mitteln konnte die Schnellbus-Linie zwischen Husum und Sonderburg durch Amtsbürgermeister Carl Holst (Venstre) und Verkehrsminister Bernd Rohwer (SPD) eingeweiht werden. Sie ist die einzige regelmäßige grenzüberschreitende Buslinie, die nicht schon in einem Grenzort endet. Die Linie fährt im Zweistundentakt, den es zwischen Husum und Flensburg bisher nicht gegeben hat. Hinzu kommen weitere Verbindungen auf Teilabschnitten der Linie wie bisher. Wenn die Verbindung auch eine erhebliche Verbesserung des grenzüberschreitenden Verkehrsangebots ist, muss der Begriff „Schnellbus“ doch relativiert werden: Die Linie ist kein Zusatz-Angebot wie etwa die überregional größere Orte verbindenden X-Busse in Jütland, sondern eine Zusammenfassung der Autokraft-Linie 1044 und der Sydbus-Linie 10 und nimmt die gleichen Umwege wie diese und hält ebenso überall.

Brücke über Fehmarn-Belt kann 2015 eröffnet werden

Der Nordschleswiger, 24.6.2004

Die Verkehrsminister Manfred Stolpe (SPD) und Flemming Hansen (Kons.) Unterzeichneten ein „Prinzip-Abkommen“, um das Großprojekt weiter voranzubringen. Konkret ist allerdings nach wie vor nichts beschlossen.

„Es hätte noch schlimmer kommen können“

Jydske Vestkysten, 25.6.2004

Wie erwartet nahmen die beiden Regierungsparteien Venstre und Konservative und ihr parlamentarischer Mehrheitsbeschaffer Dansk Folkeparti den im April ausgehandelten Entwurf als Grundlage für die künftige Regionalstruktur in Dänemark ab 2007. Neben dem Gesundheitswesen werden den fünf Regionen zusätzlich die Regionalentwicklung und der öffentliche Verkehr zugeteilt.

Nordschleswig wird künftig in einer Region mit Vejle als Verwaltungszentrum aufgehen, die auch Fünen umfasst. Die meisten Aufgaben der Amtskommunen werden von den künftigen Großkommunen übernommen. Wegen der Unsicherheit um die Arbeitsplätze fürchten viele, dass ein nicht unerheblicher Teil der Mitarbeiter der Amtsverwaltung schon vorher abwandern wird und freie Stellen nur noch schwer besetzt werden können. Diese Tendenz zeigte sich bereits überdeutlich im Krankenhauswesen, wo seit 2002 ebenfalls erhebliche Umstrukturierungen im Gang sind.

Grenz-Zusammenarbeit wird Regions- und Staatsaufgabe

Der Nordschleswiger, 26.6.2004

Nachdem der erste Entwurf nur die Zusammenarbeit am Öresund zu den besonderen Aufgaben gezählt hatte, soll nun auch die Zusammenarbeit der „Region Sønderjylland/Schleswig“ ab 2007 in die Hände von Großregion und Staat gelegt werden. Wenn es hierbei bleibt, werden die dänischen Vertreter künftig vom Rat der Großregion Syddanmark bestimmt und nicht von den künftigen Großkommunen im Grenzland.

Die Wege zum Nachbarn werden länger

Jyske Vestkysten, 6.7.2004

Eine neue Untersuchung von Danmarks Statistik bestätigt die bereits früher aufgestellte Prognose, wonach Ribe und Sønderjyllands Amtskommunen bis 2040 9 Prozent ihrer Bevölkerung verlieren dürften und innerhalb Dänemarks diesbezüglich nur noch von Bornholm übertroffen werden.

Immer mehr junge Leute verlassen den Landesteil zum Studieren

Jyske Vestkysten, 28.7.2004

Während die Hochschulen im Südwesten Dänemarks weniger Einschreibungen zu verzeichnen haben, zieht es noch mehr Studienanfänger aus der Region in die Großstadt.

Ein echter Grass für Sonderburg

Flensburger Tageblatt, 30.7.2004

Die Skulptur „Butt im Griff“ des Nobelpreisträgers wurde an der Sonderburger Hafenpromenade in Anwesenheit des Künstlers durch Kronprinz Frederik enthüllt.

Deutsch-dänische Handelskammer an deutsche Sommerhausmieter: Klagt!

Der Nordschleswiger, 13.8.2004

Die Tatsache, dass mehrere Anbieter-Gesellschaften von Sommerhäusern in Dänemark von Gästen aus dem Ausland teilweise erheblich mehr Geld verlangen als von dänischen Sommergästen, sorgte für erhebliche Missklänge im verspäteten Sommer 2004. Die Anbieter begründeten ihr Verhalten erstaunlich unterschiedlich und führten z.B. strengere Versicherungsbestimmungen in Dänemarks Nachbarländern, höhere Verwaltungskosten bei der Buchung und den teureren Werbeaufwand im Ausland an – Argumente, die bei weitem nicht von jedem nachvollzogen werden konnten.

Sport über die Grenze hinweg

Flensburg Avis, 20.8.2004

Zum dritten Mal nahmen über 1000 Schülerinnen und Schüler von beiden Seiten der Grenze an dem von der Region Schleswig/Sønderjylland initiierten deutsch-dänischen Schulsporttag teil, der dieses Jahr in Apenrade stattfand. Nächstes Jahr ist Husum der Austragungsort dieser im Übrigen nicht auf gegenseitige Wettkämpfe ausgerichteten Veranstaltung.

Nur noch Hauptstadt-Träume übrig

Jyske Vestkysten, 21.8.2004

Innenminister Lars Løkke Rasmussen (Venstre) erteilte der Apenrader Ratsversammlung eine endgültige Absage auf den Wunsch, dass die Fördestadt an Stelle von Vejle Sitz der Verwaltung und Repräsentation der künftigen süddänischen Großregion werden solle. Dafür sicherte er zu, dass die Stadt bei der Ansiedlung staatlicher Stellen in der „Provinz“ künftig bevorzugt behandelt werden soll. Davon ist allerdings nicht allzu viel zu erwarten, denn Vize-Premier und Wirtschaftsminister Bent Bendtsen (Kons.) hatte zuvor bereits deutlich gemacht, dass es aus Kostengründen keine nennenswerten Verlegungen staatlicher Stellen aus Kopenhagen geben werde.

Die Speerspitze gegen Hürden für Grenzpendler

Flensburger Tageblatt, 25.8.2004

Die Region Sønderjylland/Schleswig hat ein neues „Infocenter Grenze“ eingerichtet, das wie das Regionskontor im neuen Transportcenter nahe der Autobahn-Anschlussstelle Bau seinen Sitz hat. Zwei hauptamtliche Berater

beraten Grenzpendler und Job-Suchende, die sich für Arbeit auf der jeweils anderen Seite der Grenze interessieren. Damit gibt es erstmals eine zentrale Anlaufstelle für Grenzpendler, die sich noch immer mit zahlreichen rechtlichen und praktischen Hürden auseinandersetzen haben.

Der Zahn der Zeit nagt auch an Grenzsteinen

Flensburger Tageblatt, 25.8.2004

Eine Kommission unter der Leitung der Landräte der beiden deutschen Grenzkreise und des Leiters des Staatsamtes Sønderjylland haben gemeinsam den Zustand der Grenzmarkierungen inspiziert.

Klares Votum für große GRS-Kommune

Der Nordschleswiger, 26.8.2004

Der Rat der Kommune Tingleff, die bis 1970 zum Amt Tondern gehörte, hat sich für einen Anschluss an eine künftige Großkommune der „Grænseregion Syd“ (mit Apenrade, Rothenkrug, Lundtoft und Bau) ausgesprochen. Dabei legte man Wert auf eine vielköpfige Vertretung, damit unter anderem auch Kandidaten der deutschen Volksgruppe Wahlchancen bekommen.

Amerikanische Studie: Chance für 30.000 neue Arbeitsplätze
grenzüberschreitend

Der Nordschleswiger, 30.8.2004

Wirtschaft macht einen Bogen um Nordschleswig

Flensburg Avis, 30.8.2004

Bei einer grenzüberschreitenden Konferenz der deutschen und dänischen Europa-Bewegungen in Eismark auf Alsen wurden sowohl Befürchtungen als auch Hoffnungen über die wirtschaftliche Zukunft des Grenzlandes geäußert. Besonders bemerkenswert war die Studie der „Monitor Group“ aus Boston, wonach bei richtiger grenzüberschreitender Verknüpfung des regionalen Potentials bis zu 30.000 neue Arbeitsplätze entstehen könnten.

Schicksal besiegelt: Grenzgebäude werden abgerissen

Aufmacher in Jydske Vestkysten, 1.9.2004

Nach langem Zögern haben sich die verantwortlichen Stellen in Dänemark nun dafür entschieden, das seit März 2001 leer stehende Gebäude von Zoll und Grenzpolizei in Krusau abzureißen. Zwar gab es nicht wenige Stimmen, die sich für den Erhalt der Anlage aussprachen, doch ein Konzept für eine sinnvolle (z.B. museale) Nutzung des mitten im Wege stehenden Flachbaus wurde nicht entwickelt. Für das deutsche Pendant ist der Abbruch seit längerem vorgesehen. Die kleinen Kontrollhäuschen waren bereits 2001 abgetragen worden. Auch bei Aventoft, am Ochsenweg (Pattburg), und an der Autobahn werden die Anlagen verschwinden.

Vier Sprachen im Landtag

Flensburg Avis, 3.9.2004

Besucher des Landtages können sich nun auch auf Dänisch, Niederdeutsch und Friesisch im Gebäude orientieren. Die Initiative für diese Beschilderung, die der sprachlichen Vielfalt im Lande Rechnung tragen soll, kam von den Landtagsabgeordneten Lars Harms (SSW) und Rolf Fischer (SPD).

Marathon über die Grenze hinweg

Flensburg Avis, 6.9.2004

Der erste „Minority Marathon“, der durch Flensburg und über die Staatsgrenze führte, verlief zur vollkommenen Zufriedenheit der Veranstalter. Ziel der Sportveranstaltung war es, die Aufmerksamkeit auf die nationalen Minderheiten in Europa wieder zu verstärken. FUEV-Präsident Romedi Arquint fungierte als Starter. Schirmherr der Veranstaltung war Bundesinnenminister Otto Schily.